

# »Weder Kommunismus noch Kapitalismus«

Bürgerliche Sozialreform in Deutschland  
vom Vormärz bis zur Ära Adenauer

*Herausgegeben von Rüdiger vom Bruch  
Mit Beiträgen von Rüdiger vom Bruch, Hans Günter Hockerts,  
Michael Prinz, Jürgen Reulecke, Günther Schulz*



Verlag C.H. Beck München

6858376x 8

Der Umschlag zeigt von links nach rechts:  
Rudolf von Gneist, Jurist und Politiker; Gustav Schmoller, Nationalökonom  
(Fotos: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin);  
Lujo Brentano, Nationalökonom (Foto: Süddeutscher Verlag, München);  
Ernst Francke, Sozialpolitiker.

Der Haupttitel ist ein Zitat aus: Carl Jentsch, *Weder Kommunismus noch Kapitalismus. Ein Vorschlag zur Lösung der europäischen Frage.* (1893)



CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

»Weder Kommunismus noch Kapitalismus«

Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz  
bis zur Ära Adenauer / hrsg. von Rüdiger vom Bruch.

Mit Beitr. von Rüdiger vom Bruch ... - München :  
Beck, 1985.

(Bücher zur Sozialgeschichte und sozialen Bewegung)

ISBN 3 406 30882 1

NE: Vom Bruch, Rüdiger [Hrsg.]

ISBN 3 406 30882 1

Umschlagentwurf von Walter Kraus, München

© C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Oscar Beck), München 1985

Satz und Druck: C. H. Beck'sche Buchdruckerei, Nördlingen

Printed in Germany

# Inhalt

## Einführung

### Von Rüdiger vom Bruch

I. Wohlfahrtsstaat und bürgerliche Sozialreform in historischer Perspektive . . . . .	7
II. „Bürgerliche Sozialreform“ in Deutschland – ein eigenständiger Typus . . . . .	11
III. Phasen der bürgerlichen Sozialreform . . . . .	13

## Die Anfänge der organisierten Sozialreform in Deutschland

### Von Jürgen Reulecke

I. Reformen und Reformideen im deutschen Vormärz . . . . .	21
II. Die schlesische „Emeute“ von 1844 und ihre Folgen: die Gründung des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen . .	27
III. Sozialreformerische Vorstöße in der Revolution 1848/49: Initiativen, Experimente und Mißerfolge . . . . .	32
IV. Die bürgerlichen Sozialreformer in der Defensive: die Reaktionszeit der 1850er Jahre . . . . .	36
V. Von der „sozialen Frage“ zur „Arbeiterfrage“ – neue Herausforderungen und neue Strategien der „Arbeiterfreunde“ seit den 1860er Jahren . . . . .	40
VI. Das Janusgesicht der frühen bürgerlichen Sozialreform . . . . .	53

## Bürgerliche Sozialreform im deutschen Kaiserreich

### Von Rüdiger vom Bruch

I. Wissenschaft und Sozialreform um 1870 . . . . .	61
1. „Weder Kommunismus noch Kapitalismus“ . . . . .	61
2. Die Wende in der Sozialwissenschaft: ethischer Reformwille . .	63
3. Sozialreform und Sozialpolitik . . . . .	65
4. Wissenschaft und Praxis . . . . .	66
5. Adolf Held, Gustav Schönberg, Adolph Wagner . . . . .	69
6. Schulung für die Sozialreform: Personal und Methoden . . . .	71
II. Der Verein für Sozialpolitik in der Bismarckzeit . . . . .	72
1. Strömungen und Tendenzen. Schmoller und Brentano . . . . .	72
2. Gründung und Programm des Vereins für Sozialpolitik . . . .	74
3. Thematische Schwerpunkte . . . . .	75
4. Vom „Stoßtrupp der Sozialreform“ zum Diskussionsforum: Strukturelle Veränderungen bis 1890 . . . . .	77

III. Zum Spektrum bürgerlicher Sozialreform im Kaiserreich . . . . .	82
1. Grundlinien des Konsens . . . . .	82
2. Diskussionszentren, Unternehmerinitiativen, Dachorganisationen der freien Wohltätigkeit und Sozialhygiene . . . . .	84
3. Konfessionelle Sozialreform . . . . .	99
IV. Bürgerliche Sozialreform im Wilhelminischen Deutschland . . . . .	111
1. Der „Sozialismus der Gebildeten“ nach 1890: Diskussionszirkel und soziales Kurswesen . . . . .	112
2. Der Evangelisch-Soziale Kongreß . . . . .	117
3. Der Verein für Sozialpolitik in der Wilhelminischen Zeit . . . . .	122
4. Die Gesellschaft für Soziale Reform . . . . .	130

## Bürgerliche Sozialreform in der Weimarer Republik

### Von Günther Schulz

I. Traditionen bürgerlicher Sozialreform am Ende des Kaiserreichs	181
II. Neuorientierung zwischen Revolution und Weimarer Verfassung . . . . .	187
III. Von der „Krise der deutschen Sozialpolitik“ bis zum Ende der Weimarer Republik . . . . .	193
IV. Fazit . . . . .	204

## „Sozialpolitik im Wandel der Staatspolitik“? – Das Dritte Reich und die Tradition bürgerlicher Sozialreform

### Von Michael Prinz

I. Bürgerliche Sozialreform am Vorabend der „Machtergreifung“ . . . . .	219
II. Gleichschaltung und Auflösung sozialreformerischer Organisationen . . . . .	221
III. Sozialpolitik im NS-Staat zwischen Ideologie und Praxis . . . . .	230
IV. Arbeiter- und Angestelltenpolitik der Deutschen Arbeitsfront . . . . .	236
V. Kontinuität und Bruchzonen bürgerlicher Sozialreform . . . . .	239

## Ausblick: Bürgerliche Sozialreform nach 1945

### Von Hans Günter Hockerts

I. Weichenstellung 1945/49. . . . .	245
II. Grundentscheidungen zur Wirtschaftsverfassung . . . . .	249
III. Hauptlinien der Sozialpolitik in der Ära Adenauer. . . . .	252
IV. Sozialreformerische Vereinigungen . . . . .	259
V. Abschied von der Proletarität im Wohlfahrtsstaat . . . . .	262

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	274
---------------------------------	-----

Personenregister. . . . .	275
---------------------------	-----

# Ausblick: Bürgerliche Sozialreform nach 1945

*Von Hans Günter Hockerts*

„Die Zeit der bürgerlichen Ordnung ist vorbei“

(Jakob Kaiser, 1946)

„Das bürgerliche Zeitalter wird nie zu Ende sein“

(Konrad Adenauer, 1946)\*

## I. Weichenstellung 1945/49

War eine sozialistische Aufbruchsstimmung die dominante Grundströmung in der deutschen Nachkriegs-Trümmergesellschaft? Eine ganze Denkschule der Geschichtsschreibung<sup>1</sup> und inzwischen auch der Bestsellerliteratur und der Erinnerungsarbeit zorniger alter Männer<sup>2</sup> lebt von dieser Vorstellung: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung und der deutschen politischen Kräfte habe damals eine sozialistische Neuordnung erstrebt; daß es dann anders gekommen sei – „verhinderte Neuordnung“, „erzwungener Kapitalismus“, „Restauration“ – sei allein oder vor allem auf das Konto von Interventionen der amerikanischen Besatzungsmacht und/oder mangelnder Massenmobilisierungsbereitschaft der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führungsspitzen zu buchen. „Restauration“ ist zum historiographischen Codewort für enttäuschte Sozialismuserwartungen, für das Ausbleiben einer sozialökonomischen Umwälzung, für das Mitschleppen alter Verhältnisse in den neuen westdeutschen Staat geworden. Gewiß ein irreführendes Wort insofern die Restaurationsthese im Kern eine Kontinuitätsthese ist, angereichert um den Stachel der Kritik gegen die Kontinuität unerwünschter Verhältnisse – „eine Restauration verglichen mit der Revolution, die nie stattgefunden hatte“;<sup>3</sup> und ebenso gewiß eine unzureichende Signatur der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, da gerade die Überlagerung und Durchdringung traditionaler Verhältnisse mit verändernder Dynamik für diese Geschichte charakteristisch geworden ist.<sup>4</sup> Aber zweifellos hat ein Ingredienz der Restaurationsthese Realitätsbezug: Nach Kriegsende ging eine Welle der Kapitalismuskritik durchs Land. Umstritten ist, wie weit und tief sie griff und wie der Siegeszug der neoliberalen Gegenbewegung zu erklären ist.

Offensichtlich war die Erwartung, daß die bürgerliche Gesellschaft – jedenfalls in ihrer durch Privateigentum an großindustriellen Produktionsmitteln und Marktkonkurrenz bestimmten wirtschaftlichen Ausdrucksform – an ihr Ende gekommen sei, zunächst weit verbreitet. Zwar zeigte

sich gerade die KPD in ihrem ersten programmatischen Aufruf keineswegs sicher, daß nun der Frühling des Sozialismus in den Herzen der Menschen ausgebrochen sei. Sie postulierte im Gegenteil „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“.<sup>5</sup> Aber sie änderte ihre Position schnell. Und in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung galt „Sozialismus“ als nachgerade selbstverständliches Gebot der Stunde, wenngleich einer ihrer führenden Experten im Spätsommer 1947 intern konstatieren mußte, es fehle „noch in allen Lagern an exakten und präzisen Vorstellungen über das Wesen und über das Funktionieren einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation“.<sup>6</sup> Darüber hinaus reichte eine dezidiert gegen das große Kapital gerichtete Sozialreformbereitschaft bis tief in die neue interkonfessionelle Sammlungsbewegung der Unionsparteien hinein. Hier wurde der aus den christlichen Gewerkschaften stammende Berliner CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser zum Exponenten einer Strömung, die angesichts der deutschen Katastrophe christlich-soziale Ideen mit Positionen der sozialistischen Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Sozialreformtradition zu verknüpfen und im Konzept eines „christlichen Sozialismus“ zu synthetisieren suchte.

Kaisers erste große programmatische Rede im Februar 1946 verdeutlicht den historischen Bezugsrahmen dieses Konzepts.<sup>7</sup> Er hielt es dem wilhelminischen Bürgertum als „soziale Schuld“ vor, „in hartnäckiger Selbstbehauptung der eigenen Machtstellung dem Drängen der großen Masse der Arbeiterschaft, aus den Kellerräumen der Gesellschaft ans Licht zu kommen, nur widerstrebend Raum gegeben zu haben“. Existenzunsicher geworden, habe das Bürgertum schließlich bei dem Abenteurer Hitler Zuflucht gesucht in der Hoffnung, „ihn zur Rettung der bürgerlichen Ordnung einsetzen zu können“.<sup>8</sup> Der aber habe „die letzte Kraft der bürgerlichen Ordnung“ in furchtbarer Weise verspielt und vernichtet. Jetzt gelte es, Konsequenzen zu ziehen und Platz zu machen für ein „Zeitalter des Durchbruchs der Massen des werktätigen Volkes als bestimmende Faktoren des Lebens der Nation“ – freilich nicht im Sinne des Marxismus-Leninismus. „Klassensozialismus“, Diktatur des Proletariats und historischen Materialismus lehnte Kaiser als Gefahr für politische Freiheit und Personenwürde explizit ab. Er wollte die Neuordnung vom „Willen zur Gemeinschaft“ aller Volkskreise getragen wissen, ohne dogmatische Verhärtung, mit gesichertem Raum für „den gewerblichen Mittelstand, das Handwerk und andere vergleichbare Stände und Berufe“. Für Kaiser stand außer Frage, daß an die Stelle von großindustriellem Privateigentum und Marktkonkurrenz künftig Gemeineigentum und Wirtschaftslenkung zu treten hätten, wobei der Arbeiterschaft sowohl innerbetrieblich (durch die Betriebsräte) wie auch in „neuen Organen“ zur überbetrieblichen Wirtschaftslenkung (durch die Gewerkschaften) eine starke Mitbestimmungsposition zukommen sollte.

Als Höhepunkt christlich-sozialistischen Einflusses innerhalb der Unionsparteien<sup>9</sup> gilt weithin das im Februar 1947 vom CDU-Zonenausschuß der britischen Besatzungszone unter Adenauers Vorsitz verabschiedete „Ahlener Programm“. Seinen Ruhm verdankt das Programm der markanten Präambel mit dem vielzitierten Eingangssatz: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“. In der Substanz war dieses Programm jedoch ein ambivalent auslegbarer Kompromiß zweier gegenläufiger Strömungen. Die eine, getragen von christlichen Gewerkschaftlern des rheinisch-westfälischen Raums, war stark von der katholischen Soziallehre (in der Auslegungsform der Walberberger Dominikanerschule) beeinflusst und zielte in einer auch liberalwirtschaftliche Elemente enthaltenden, nicht durchwegs konsistenten Weise auf eine Plan- und Bedarfsdeckungswirtschaft. Berufsständische Selbstverwaltungskörperschaften und eine zentrale Planungsbehörde sollten weitgehende Steuerungsbefugnisse erhalten. Die andere, am prominentesten von Adenauer repräsentierte Strömung suchte möglichst weitgehend an privat- und marktwirtschaftlichen Positionen festzuhalten. Der Einigungstext beließ dann einerseits der „dringend notwendigen Unternehmerinitiative“ einen nicht näher präzisierten „erforderlichen Spielraum“; andererseits sah er „in gewissem Umfange“ Planung und Lenkung durch Selbstverwaltungskörperschaften vor, in denen Arbeitnehmer, Unternehmer und Konsumenten gleichberechtigt vertreten sein sollten. Die Eigentumsverhältnisse großindustrieller Unternehmen sollten durch Aufteilung des Aktienbesitzes auf öffentlich-rechtliche Institutionen, betriebszugehörige Arbeitnehmer und privates Kapital gleichsam gemischt werden. Zur Positionsverbesserung der Arbeitnehmer in den Großbetrieben war an Mitbestimmungsrechte und Ertragsbeteiligung gedacht. Mit Blick auf Klein- und Mittelbetriebe akzentuierte das Programm „die private Unternehmertätigkeit“. Als Resultat innerparteilicher Auseinandersetzungen äußerte sich das Ahlener Programm in Verfahrensfragen nicht immer klar und z. T. auch widersprüchlich. Doch markiert es zweifellos ein bedeutendes Stück christlich-sozialreformerischer Linienführung auf der Suche nach einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und revolutionärem Marxismus.

Die wirtschaftspolitischen Weichen wurden indes anders gestellt, und zwar in einem Durchsetzungskampf, den zu idyllisieren kein Grund besteht,<sup>10</sup> den mit Formeln wie „verhinderte Neuordnung“ in der Nähe finsterner Machenschaften zu rücken freilich ebenso verfehlt ist. Vielmehr haben die auf Wirtschaftsliberalismus drängenden Kräfte sowohl innerhalb der Unionsparteien wie auch im westdeutschen Parteienfeld in offenen Auseinandersetzungen die entscheidenden Mehrheiten gewinnen können. Zur wichtigsten Entscheidungsarena wurde das nach dem Schlüssel der Landtagswahlergebnisse zusammengesetzte deutsche Parlament des angloamerikanischen Besatzungsgebietes, der Frankfurter Wirtschaftsrat.

Hier begann im Juni 1948 der mit Erhards Namen verbundene neoliberale Wirtschaftskurs, der die dreifach gespaltene Nachkriegswirtschaft (aus den Kriegsjahren provisorisch übernommenes staatliches Bewirtschaftungs- und Rationierungssystem, Naturaltausch im Wege von Koppelgeschäften, Schwarzmarkt) sukzessive in eine Marktwirtschaft überführte.<sup>11</sup>

Eine aus CDU/CSU, FDP und DP bestehende Mehrheit stützte Erhards Kurs im Wirtschaftsrat parlamentarisch, während eine „aktiv-kämpferische Elite prinzipiell liberaler Professoren der Wirtschaftswissenschaften“ an der theoretischen Ausformung und praktischen Durchsetzung des als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichneten neoliberalen Programms mitwirkte.<sup>12</sup> Die intellektuellen Exponenten des Neoliberalismus – mit Kern in der ordoliberalen „Freiburger Schule“ um Walter Eucken – divergierten in vielen Einzelfragen.<sup>13</sup> Doch gemeinsam war die Stoßrichtung, und zwar zunächst in kritischer Absicht: Die neoliberale Kritik richtete sich gegen die ausgeprägte Kartellisierungs- und Monopolisierungstendenz des deutschen Kapitalismus, die eine Bedingung der Möglichkeit für die nationalsozialistische Konfiguration von Monopol, Zentralplanelementen und politischer Diktatur gewesen sei.

Die neoliberale Folgerung aus dieser Kritik zielte auf eine Neubegründung der marktwirtschaftlichen Konkurrenz als primäres Organisationsmittel der Ökonomie: das Wettbewerbsprinzip solle nicht allein die volkswirtschaftliche Produktionsleistung steigern, sondern auch in einer die politische Demokratie stützenden Weise ökonomisch machtdentralisierend wirken. Den wichtigsten Unterschied zum „Wirtschaftsliberalismus alten Stils“ sahen die Neoliberalen darin, daß sie es dem Staat als Aufgabe zurechneten, eine die Bildung monopolistischer Machtkörper ausschließende Wettbewerbsordnung einzurichten und auf Dauer funktionsfähig zu halten. In der Rehabilitation einer dezidiert marktwirtschaftlichen Ordnung waren sich die Neoliberalen einig, wenngleich nicht alle den unter den Bedingungen großindustrieller Massenproduktion und weltwirtschaftlicher Exportorientierung wenig realistischen Idealtyp der „vollständigen Konkurrenz“ in so hohen Ehren hielten wie die „Freiburger“; umstritten blieb insbesondere auch die Frage nach Form und Ausmaß konjunkturpolitischer und sozialpolitischer Staatsintervention.

Mit den ersten Bundestagswahlen von August 1949 wurde die „Inkraftsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze“ im „scharfen Gegensatz zum System der Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungs-mäßig organisiert sind“ – wie es im Wahlkampfprogramm der CDU hieß<sup>14</sup> –, zur Disposition der Wähler gestellt. Daß das Wahlergebnis eine Fortführung des neoliberalen Wirtschaftskurses legitimiert hat, ist evident.<sup>15</sup>

Zweifelloos ist der Sieg des Wirtschaftsliberalismus nicht losgelöst vom Einfluß der ökonomisch und politisch stärksten der drei westlichen Besatzungsmächte zu sehen. Zwar war die amerikanische Politik weniger ein-



heitlich und das britische Abrücken von Plänen zur Verstaatlichung der Ruhrindustrie in geringerem Maße auf amerikanischen Druck zurückzuführen als in der Restaurationskritik zumeist unterstellt wird.<sup>16</sup>

Aber letztlich führte die amerikanische Politik doch auf zwei Wegen zu einer bedeutenden Veränderung der innerdeutschen Konstellation: zum einen setzte sie eine Reihe von Landtagsgesetzen zur Sozialisierung von Schlüsselindustrien mit suspensivem Veto außer Kraft (wobei die Optionsmöglichkeit des künftigen Zentralparlaments der Bundesrepublik explizit offenblieb); zum andern schuf sie mit Währungsreform und Marshallplan Voraussetzungen, unter denen Erhards neoliberales Experiment rasche Produktionserfolge aufweisen konnte. Damit war zwar kein Wirtschaftsordnungsoktroy („erzwungener Kapitalismus“) hergestellt, aber ein Entscheidungsgefälle zugunsten des Wirtschaftsliberalismus – so wie das anfängliche Sozialisierungsziel der britischen Besatzungsmacht zunächst ein Gefälle zugunsten sozialistischer Positionen bewirkt hatte, ganz zu schweigen von der Durchsetzungsmacht, die die sowjetischen Besatzungsorgane in ihrer Zone der SED verliehen. Die Entscheidung selbst blieb gleichwohl Sache westdeutscher Wählermehrheiten.

Das Wahlergebnis von August 1949 ist eines von zahlreichen Indizien dafür, daß die eingangs skizzierte Restaurationsthese das Massenmobilisierungspotential zugunsten von Sozialisierungsforderungen wahrscheinlich sehr überschätzt. Man dürfte der erst ansatzweise untersuchten Orientierungswirklichkeit der durcheinandergeschüttelten<sup>17</sup> Nachkriegsbevölkerung wesentlich näherkommen, wenn man ihre außergewöhnliche Disparität betont: neben Kontinuitäten spezifischer Sozial- und Regionalmilieus sind vielfältige Aufspaltungen und Überlagerungen festzustellen, gerade auch im Bewußtsein der Arbeitnehmerschaft.<sup>18</sup> Antikapitalistische Stimmungen waren – wenn auch „vage und wenig entschieden“<sup>19</sup> – weit verbreitet, aber ebenso häufen sich die Zeichen für individualistisch-antikollektivistische Reaktionsweisen auf NS-Erfahrungen und Schwarzmarktbedingungen und nicht zuletzt für viel Politik-Indifferenz und Erschöpfung unter der Last drückender Versorgungs- und Ernährungsnot. In den Augen der meisten Deutschen dürfte die Interessenpriorität nicht der Wirtschaftsordnung, sondern der Teilhabe an Wirtschaftswachstum gegolten haben.

## II. Grundentscheidungen zur Wirtschaftsverfassung

Das Grundgesetz gab der Bundesrepublik ein generelles Sozialstaatsgebot mit auf den Weg, aber nahezu keine Konkretisierung. Der Parlamentarische Rat hatte die Frage der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vielmehr bewußt weitgehend offengehalten, also der Gestaltungskompetenz des Gesetzgebers überlassen oder deutlicher gesagt: dem Durchsetzungs-

kampf der politischen Kräfte. Man wird – in grober Schematisierung – zumindest drei politische Kräftezentren unterscheiden müssen, die in den formativen Jahren der frühen Bundesrepublik auf die Normierung der Wirtschafts- und Sozialverfassung einzuwirken suchten: den (vornehmlich protestantischen) bürgerlich-neoliberalen Wirtschaftsflügel in der Regierungskoalition Adenauers, den christlich-sozialen (vorwiegend katholischen Arbeitnehmer-)Flügel innerhalb der Unionsparteien mit Präsenz auch im DGB sowie die zunächst dominant sozialistischen Kräfte in SPD und DGB. Nicht alle Eckpfeiler der Wirtschaftsverfassung waren zwischen diesen Lagern umstritten, am wenigsten das im Kaiserreich so erbittert umkämpfte Koalitionsrecht, insbesondere also das Recht der Arbeiterschaft zur eigenständigen Organisation und Interessenvertretung. Das war zur „verfassungsrechtlich neu verstreuten Selbstverständlichkeit abgesunken“.<sup>20</sup> Auch das Recht der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zur autonomen tarifvertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fand weitgehend Konsens und wurde durch Fortfall der Weimarer Schlacken staatlicher Zwangsschlichtungsmöglichkeiten entscheidend verstärkt.<sup>21</sup>

Stark umstritten waren dagegen drei weiterreichende Forderungen, die sich der DGB auf seinem Gründungskongreß 1949 in programmatischer Nähe zur SPD vorgemerkt hatte: zentrale volkswirtschaftliche Planung, Sozialisierung der Schlüsselindustrien und „Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung“.<sup>22</sup> Im Aufwind marktwirtschaftlicher Erfolge konnten die Neoliberalen die Zentralplanungsforderung rasch ins Abseits drängen – ebenso rasch wie Versuche von katholisch-sozialer Seite, das mit Distanz betrachtete, weil keine gemeinschaftsbildende Ethik enthaltende Konkurrenzprinzip des Marktes durch das Kooperationsprinzip berufständischer Selbstverwaltungskörperschaften wenn nicht aufzuheben, so doch einzuengen.<sup>23</sup> Freilich blieben bedeutende volkswirtschaftliche Teilbereiche wie der Wohnungsbau und die Landwirtschaft einstweilen der Marktautomatik entzogen, und wo sich großindustrielle Konzentrations- und Kartellierungsziele mit dem ordoliberalen Ideal der „vollständigen Konkurrenz“ stießen, wußten sie sich über das Ideal in erheblichem Maße hinwegzusetzen. Das zeigt insbesondere die Geschichte des Wettbewerbs-sicherungsgesetzes, das 1949/50 als ordoliberales „Grundgesetz der Marktwirtschaft“ mit allgemeinem Kartellverbot konzipiert, aber 1957 nach siebenjähriger „Kartellschlacht“ vor allem auf Druck des Bundesverbandes der deutschen Industrie mit zahlreichen Einschränkungen des Wettbewerbsprinzips verabschiedet wurde.<sup>24</sup>

Gleichwohl wurde die Freisetzung von Marktkräften strukturdominant. Ebenso festigten sich im Wirtschaftswachstum die vom Neoliberalismus sowohl gegen sozialistische Kollektivierungspläne wie auch gegen gemischtwirtschaftliche Besitzform-Vorstellungen katholisch-sozialer Pro-

venienz (Ahlemer Programm) verteidigten Eigentumsverhältnisse. Um so mehr rückte der DGB den dritten Teil seines Neuordnungsprogramms, die Mitbestimmung, ins Zentrum der Auseinandersetzungen. Hier gelang 1951 ein wichtiger Kompromiß: die gesetzliche Verankerung der paritätischen Arbeitnehmermitbestimmung in dem damals volkswirtschaftlich zentralen Sektor der Montanindustrie (Bergbau, Eisen, Stahl). Vielleicht verdient es dieser Kompromiß tatsächlich, als der „soziale Gründungskompromiß der Bundesrepublik“ bezeichnet zu werden.<sup>25</sup> Er verhinderte in einer sich kritisch zuspitzenden Phase innen- und außenpolitischer Weichenstellungen die Bildung eines massiven sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Oppositionsblocks. Die Zustimmung des DGB zu der von der SPD abgelehnten westeuropäischen Wirtschaftsintegration in Form der Montanunion machte dies damals deutlich sichtbar.

Die Stoßrichtung des DGB zielte auf Verallgemeinerung des paritätischen Mitbestimmungsmodells in der gesamten Wirtschaft – sowohl im Hinblick auf die Unternehmensverfassung wie auch in Form einer paritätischen Wirtschaftskammerverfassung (mit Spitze in einem Bundeswirtschaftsrat) zur insitutionalisierten Beeinflussung des Wirtschaftsgeschehens. Diese zuletzt genannte korporative Perspektive hatte eine gewisse Schnittmenge mit der in der katholischen Sozialbewegung diskutierten (Ende der 1950er Jahre zur Forderung nach einem Bundeswirtschafts- und Sozialrat geschrumpften) berufsständischen Ordnungsvorstellung; sie brach sich am durchschlagenden Erfolg des wirtschaftspolitisch vorherrschenden Neoliberalismus und verschwand bald – von keiner Seite konsequent verfolgt – in der Versenkung.<sup>26</sup>

Viel dramatischere Akzente setzte das nach schweren Kontroversen 1952 verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz. Es regelte die Arbeitnehmervertretung in den Betrieben (Betriebsräte) und Unternehmen (Ein-Drittel-Beteiligung an den Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften) außerhalb des Montanbereichs. Verglichen mit dem Weimarer Betriebsrätegesetz von 1920 verstärkte das neue Gesetz zwar durchaus die Möglichkeit der Betriebsräte zur innerbetrieblichen Interessenvertretung in personellen und sozialen Fragen, und es beschritt, indem es die Arbeitnehmerseite in Aufsichtsräte einbezog, einen in Europa neuartigen Weg. Aber es blieb weit hinter den von DBG und SPD anvisierten Zielen zurück, und man wird es schwerlich „eines der kühnsten sozialen Experimente in der ganzen Welt“<sup>27</sup> nennen können. Insbesondere beschnitt das Gesetz nicht ernstlich – wie z. B. der Paritätsgrundsatz – die wirtschaftliche Dispositionsfreiheit der Eigentümerseite. Hier war eine strategische Grenze markiert, hinter die der Wirtschaftsflügel der Regierungskoalition keinesfalls zu gehen bereit war, besonders nicht die mit dem Damoklesschwert des Koalitionsbruchs drohende FDP, die bereits das im wesentlichen von SPD und CDU/CSU getragene Montanmitbestimmungsgesetz erbittert bekämpft und abgelehnt hatte.<sup>28</sup>

Mit den hohen Wahlsiegen der Regierung Adenauers 1953 und 1957 und dem Durchbruch zu einem beispiellos starken Wirtschaftswachstum verloren Gegenentwürfe zum privat- und marktwirtschaftlichen System rapide an Realitätsbezug und Durchsetzungschance. Die Grundsatzdebatten verlagerten sich zunehmend auf einen Nachvollzug der „Keynesianischen Revolution“ der Wirtschaftstheorie, also auf eine Modernisierung des staatlichen Instrumentariums zur Konjunktursteuerung mit den Mitteln einer Regulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Das Keynesianische Konzept der Globalsteuerung rückte schon in den 50er Jahren ins Zentrum der „wirtschaftspolitischen Alternative der SPD“<sup>29</sup> – ein Konzept, welches das privat- und marktwirtschaftliche System nicht grundsätzlich in Frage stellte, vielmehr gegenüber Wirtschaftskrisen zu festigen suchte. Es hat sich, als die im Neoliberalismus vorherrschende konjunkturpolitische Abstinenz in die Klemme zu führen begann, auch im Regierungslager schrittweise durchgesetzt<sup>30</sup> und führte zu einer bedeutenden Modifikation der Wirtschaftsverfassung in Form des von der Großen Koalition 1967 verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes.

Ähnlich hat die herbe Enttäuschung über das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 die Energien des DGB nicht in eine Fundamentalopposition getrieben, sondern – nach heftigen internen Kämpfen – zu einer neuen Konstellation geführt, die man „Wachstumspakt“ nennen kann:<sup>31</sup> zur sozialpartnerschaftlichen Unterstützung eines für beide Seiten, Kapitaleigner und Arbeitnehmer, nützlichen Wirtschaftswachstums. Das bot wachsende Spielräume für erhebliche, meist kampflos auf dem Verhandlungswege erreichte Gewerkschaftserfolge auf dem Gebiet der Lohnzuwächse, der Arbeitszeitverkürzung und der sozialen Sicherung. Zuvor schon hatten sich die meisten Exponenten des vom Neoliberalismus wirtschaftspolitisch überrollten christlich-sozialen Flügels der Regierungskoalition Adenauers in die Arena der sozialpolitischen Reform zurückgezogen.

### III. Hauptlinien der Sozialpolitik in der Ära Adenauer

Das vordringliche sozialpolitische Thema des ersten Deutschen Bundestags (1949/53) hieß Bewältigung von Kriegsfolgen. Über 9 Millionen deklassierte und pauperisierte Vertriebene und Flüchtlinge (mithin knapp 20% der westdeutschen Bevölkerung 1950), 4 Millionen Menschen, die der Krieg als Invalide, Witwen und Waisen hinterlassen hatte, 3–4 Millionen einheimische Kriegssachgeschädigte, 1–2 Millionen Anschluß ans Zivilleben suchende, oft gesundheitlich zermürbte Spätheimkehrer, Evakuierte mit Rückführungs- und Starthilfebedarf, ein katastrophales Wohnungsdefizit in Höhe etwa eines Drittels des notwendigen Wohnungsbestandes: solche Stichworte kennzeichnen die auf den Nägeln brennenden Massen-

notstände in der von Kriegsfolge-Spannungslinien<sup>32</sup> durchfurchten Gesellschaft der frühen Bundesrepublik. Eine Fülle sozialpolitischer Gesetze zielte auf Hilfe, Eingliederung und Entschädigung, wobei die Höhe der materiellen Leistungen zunächst meist kümmerlich, aber der Leistungsrahmen sehr weit gespannt war: bis hin zur Übernahme der von den Vertriebenen und Flüchtlingen mitgebrachten rentenrechtlichen Ansprüche durch die westdeutschen Versicherungsträger oder zu einem besonderen Zwangsvollstreckungsschutz für Spätheimkehrer, um nur zwei Beispiele zu nennen.<sup>33</sup>

Neben scharfen Divergenzen, die besonders die Ausgestaltung des Vertriebenen-Lastenausgleichsgesetzes (1952) betrafen, gab es in den zuständigen Bundestagsausschüssen viel enge Zusammenarbeit zwischen den Sozialpolitikern aus Regierungskoalition und Opposition. Einvernehmlich wurden insbesondere das die Kriegsopferversorgung regelnde Bundesversorgungsgesetz (1950) und das erste Wohnungsbaugesetz (1950) ausgearbeitet. Dieses Gesetz kurbelte den Wohnungsbau mit massivem Einsatz öffentlicher Mittel sehr erfolgreich an und steuerte den Zugang nach Kriterien des sozialen Bedarfs.

Die zweite Legislaturperiode (1953/57) leitete Adenauer mit einer Regierungserklärung ein, die ohne genaue Festlegung eine „umfassende Sozialreform“ zum Regierungsprogramm erhob.<sup>34</sup> Damit war das die sozialpolitische Debatten der kommenden Jahre beherrschende Stichwort eingeführt. Da Begriffe auf die Organisation des Denkens und Handelns einwirken, flackerte zunächst ein Bestimmungskampf um den Bedeutungsgehalt des Wortes Sozialreform auf. Der DBG-Vorsitzende wollte es, wenn schon eine „Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundstoffindustrien“ nicht durchsetzbar schien, für den „Gedanken der gleichberechtigten Mitbestimmung“ reserviert wissen.<sup>35</sup> Auf sozialdemokratischer Seite wollte man den Begriff als „Neugestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse im Bereich der Arbeitswelt“ weit fassen.<sup>36</sup> Von christlich-sozialer Seite wurde der Akzent auf eine Überwindung der „eigentumsrechtlichen Trennung der Arbeitnehmerschaft von den Produktionsmitteln“ durch Miteigentum und den Ausbau überbetrieblicher Mitbestimmung (Kammern, Bundeswirtschaftsrat) gesetzt.<sup>37</sup> Schnell setzte sich indessen der regierungsamtliche Sprachgebrauch durch, der Sozialreform als Synonym für Sozialleistungsreform benutzte. Neuordnung der sozialen Leistungen – dies wurde, andere Sozialreformansätze beiseite schiebend, das beherrschende Sozialpolitik-Thema der mittleren 50er Jahre. – In der Absicht, „bürgerliche“ Sozialpolitik zu skizzieren, konzentriert sich der Blick im folgenden auf das – zumindest im Gegenbezug zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung – als bürgerlich abgrenzbare Regierungslager.

Regierungsintern hefteten sich unterschiedliche Erwartungen an eine so verstandene Sozialreform. Adenauer selbst, zeitweise stark engagiert, sah die Dinge im folgenden Zusammenhang. Die Kriegsfolgen hatten die so-

zialstaatliche Intervention ruckartig verstärkt: 1952 gab es auf dem Gebiet der Bundesrepublik mehr Fälle laufender Renten- und Unterstützungszahlungen (14,8 Millionen), als während der Weltwirtschaftskrise im ganzen Deutschen Reich (1933: 12 Millionen);<sup>38</sup> seit 1949 wandte die Bundesrepublik jährlich einen größeren Anteil des Volkseinkommens für soziale Leistungen auf, als alle vergleichbaren Staaten.<sup>39</sup> Dennoch stand außer Frage, daß noch viele Defizite der sozialen Sicherung behoben werden mußten. Es genügte ein Blick auf die buchstäbliche Verelendung der 5 bis 6 Millionen Sozialrentner oder auf die Not kinderreicher Familien, für die es eine Markteinkommensergänzung durch Kindergeld nicht gab (und – von einem eher rassistisch und bevölkerungspolitisch motivierten Intermezzo im Nationalsozialismus abgesehen – nie gegeben hatte). Unerträglich erschien z. B. auch die Benachteiligung der Arbeiter, die sich – in den Gründerjahren der Bundesrepublik noch immer so wie in der Bismarckzeit – auf ein Krankengeld in Höhe der Hälfte ihres Nettolohns gesetzt fanden, gegenüber den Angestellten, die – wenn sie krank wurden – sechs Wochen lang ihr volles Gehalt weiter bezogen.

Die Frage war nur, wo und wie die Interventionsdynamik enden sollte, welche Bereiche des Lebens verstaatlicht (im Sinne von verwohlfahrtsstaatlicht) werden sollten, wofür kleinere Vergemeinschaftungen zuständig bleiben oder werden sollten und wofür jeder einzelne selbst. Es ging dem Kanzler um eine „Gesamtkonzeption über die Neuordnung des Systems der sozialen Sicherheit“,<sup>40</sup> die sozusagen im sozialpolitischen Bauabschnitt des neuen Staates durchgreifend Klarheit und Ordnung schaffen sollte – mit genügend „sozialpolitischen Integrationsklammern“,<sup>41</sup> aber mit deutlicher Grenze gegen ein „Abgleiten in einen totalen Versorgungsstaat“. <sup>42</sup> Den richtigen Grenzverlauf zu finden und festzuschreiben betrachtete Adenauer als die Aufgabe einer die Regierungsarbeit „krönenden“<sup>43</sup> *code social*. Letztlich ging es ihm um ein Stück innerer Strukturierung und Stabilisierung des neuen Staatsgefüges. Zugleich sollte der sozialpolitisch erstrebte Legitimationsgewinn die (politische, ökonomische und militärische) Westintegration der Bundesrepublik stützen wie auch einen spezifischen deutschlandpolitischen Stellenwert erhalten: In Adenauers Sicht (noch dezidiert freilich im Verständnis von SPD und DGB) stellte die Ost-West-Spaltung Deutschlands die nationale Frage auf eine neue, die Sozialpolitik aktivierende Weise – defensiv in dem Sinne, die westdeutsche Bevölkerung gegenüber kommunistischer Penetration „sozial widerstandsfähig zu machen“, offensiv in dem Sinne, die Bundesrepublik für die Bevölkerung der DDR attraktiv zu erhalten, um so einer Verfestigung der deutschen Teilung entgegenzuwirken. Somit gewann die Sozialleistungsreform die (Neben-)Funktion, die damals von allen maßgeblichen politischen Kräften der Bundesrepublik vertretene „Magnettheorie“ der deutschen Wiedervereinigung zu unterstützen.

Indem es sich als Speerspitze aller an fürsorgerechtlichen Formen der

Armutsbewältigung orientierten Kräfte anbot, strebte das größtenteils fiskalisch motivierte Bundesfinanzministerium eine Umstrukturierung des Sozialleistungssystems nach dem „Bedarfsprinzip“ an. Darunter verstand es die Bindung aller steuerfinanzierter Sozialleistungen einschließlich der erheblichen Staatszuschüsse zur Sozialversicherung an den Nachweis individueller Bedürftigkeit. Eine solche „Geburt der Sozialreform aus dem Geiste des Bedürftigkeitsprinzips“<sup>44</sup> lehnte hingegen das Bundesarbeitsministerium auf das entschiedenste ab. Ihm ginge es vielmehr um eine sozialversicherungsrechtliche Abhebung der Arbeitnehmerschaft von den stigmatisierenden Formen traditioneller Armutsfürsorge. Die Stoßrichtung dieses Ministeriums, das sich schließlich in weitgehendem Einklang mit dem Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien auch durchzusetzen wußte, zielte mithin auf zweierlei. Zunächst: Konzentration der Sozialleistungsreform auf das Kernstück Sozialversicherung; deren traditionelles organisatorisches Gefüge war in der ersten Legislaturperiode wiederhergestellt, das Leistungsrecht jedoch nur hektisch und notdürftig novelliert worden mit der Folge vielfacher Zersplitterung und Unzulänglichkeit. Sodann: systematische Anhebung des Leistungsniveaus über die Grenzen des Existenzminimums hinaus mit dem Ziel einer sozialpolitischen Verstetigung des mit dem Arbeitseinkommen erreichten Lebensstandards.

Mit evolutionärer Absicht stand dieses Konzept stark im Bann der deutschen Sozialversicherungstradition. Hiervon deutlicher abweichend, Gedanken britischer und schwedischer Wohlfahrtsstaatsplaner importierend,<sup>45</sup> suchte die sozialdemokratische Opposition auf die Sozialleistungsreform einzuwirken: organisatorische Vereinheitlichung der sozialen Einkommens- und Gesundheitssicherung statt herkömmlicher Vielfalt der zum Teil in gruppenspezifischen Interessen verankerten Sozialversicherungsträger; Einbeziehung der gesamten Bevölkerung statt Betonung des aus der historischen Verknüpfung mit der Arbeiterfrage herrührenden Arbeitnehmercharakters der Sozialversicherung; Verlagerung des Finanzierungsschwergewichts auf Steuern statt auf versicherungsrechtliche Beitragskonstruktion.

Ressort-Rivalitäten, Zielkonflikte und das Interesse an einer noch vor den schnell heranrückenden Bundestagswahlen von 1957 realisierbaren Teilreform schoben die code social-Planungen auf ein bald zum Stillstand führendes Nebengleis. Ins Zentrum rückte ein auf die gesetzliche Rentenversicherung begrenztes, innerhalb diese Begrenzung aber tiefgreifendes und epochemachendes Reformwerk: die Rentenreform von 1957.<sup>46</sup> Sie hob die Bezüge der damaligen Sozialrentner kräftig an, im Durchschnitt um 60%. Das war ein Stück nachholender Gerechtigkeit für eine Schicht, die bis dahin zu den Stiefkindern des Wirtschaftswunders gehört hatte. Darüber hinaus suchte die Reform den traditionellen Zirkel von Alter und Armut grundsätzlich und auf Dauer zu durchbrechen, indem sie zwei neue Grundgedanken in die Rentenversicherung einbaute. Der eine hieß „Lohn-

ersatzfunktion der Rente“ und zielte auf eine dem Arbeitslohn so weit angenäherte Rentenhöhe, daß der Eintritt ins Rentenalter für die voll erwerbstätigen Arbeitnehmer den Schrecken des krassen Einkommensabsturzes verlor. Der andere Grundgedanke lag in der „Dynamisierung“ der Renten, womit die Renteneinkommensentwicklung der nicht mehr erwerbstätigen Generation in ein Parallelitätsverhältnis zur Arbeitseinkommensentwicklung der erwerbsaktiven Generation gesetzt wurde.

Die Rentenreform entlastete die westdeutsche Gesellschaft in einem sehr erheblichen Maße von der herkömmlich krassen Verteilungsdisparität zwischen den Generationen. Sie beseitigte zudem sämtliche Unterschiede, die bisher Arbeiter und Angestellte im Leistungsrecht der Rentenversicherung getrennt hatten. Und sie verhalf in Form der Bindung sozialer Leistungen an die Bewegung der Arbeitslöhne einem Dynamisierungsprinzip zum Durchbruch, das künftig auf weite Teile des Sozialrechts ausstrahlte. Unter diesen Aspekten stellt sie zweifellos das herausragende sozialpolitische Ergebnis der zweiten Legislaturperiode dar. Zugleich bekräftigte diese Reform – entgegen sozialdemokratischen Plänen für eine allgemeine steuerfinanzierte Staatsbürger-Grundrente – das Versicherungsprinzip als zentrale Sozialrechtsfigur. Dieses von Gustav Schmoller einst als einer der größten sozialen Fortschritte des 19. Jahrhunderts gepriesene<sup>47</sup> Prinzip konnte als Formverwandlung bürgerlicher Verhaltensnormen wie Sparethos (Beitragszahlung), Eigentumsbildung (Rentenanwartschaft) und vorausschauender Zukunftsplanung (langfristige Kalkulierbarkeit der Leistungen) gelten. Es hielt weiterhin, indem die Versicherungspflicht an Merkmale der Erwerbstätigkeit anknüpfte, einen engen Zusammenhang zwischen erwerbstätiger Anstrengung und sozialer Anspruchsberechtigung in Kraft, und es ermöglichte schließlich eine sehr weitgehende Übertragung der Verteilungsergebnisse des Marktes auf die individuelle Sozialeinkommenshöhe, was den neoliberalen Regierungsflügel einigermaßen mit dieser Sozialleistungsexpansion aussöhnen konnte. Unzureichend bedacht blieb die Frage nach der sozialen Sicherung derer, die am Rande oder außerhalb der Erwerbstätigkeit standen (wie z. B. viele, nur über schmale Witwenrechte einbezogene Frauen).

Hervorzuheben sind neben der Rentenreform eine deutliche Anhebung des Lohnersatzes für Arbeiter im Krankheitsfall 1957,<sup>48</sup> sowie – den Adressatenkreis der Arbeitnehmer überschreitend – der Beginn der Kindergeldgesetzgebung 1954 und die Forcierung des sozialen Wohnungsbaus, der die dramatische Wohnungsnot der Gründungsjahre relativ schnell entschärfte, und zwar in einer gerade auch für einkommensschwache Schichten und für besonders integrationsbedürftige Gruppen wie Vertriebene und Kriegsoffer spürbaren Weise. Zugleich wünschte die Regierungskoalition in einer deutlichen Kontinuitätslinie des im Kaiserreich begründeten mittelständischen Sozialprotektionismus „den Mittelstand in allen seinen Erscheinungsformen zu festigen“, eine „gesunde mittlere Schicht“ zu er-



halten, damit nicht „schließlich bei immer größerer Konzentration der Wirtschaft zu Großbetrieben das Volk aus einer kleinen Schicht von Herrschern über die Wirtschaft und einer großen Klasse von Abhängigen besteht“.<sup>49</sup> Neben anderen Formen des Sozialprotektionismus<sup>50</sup> sind das Hervortreten mittelständischer Interessen in der Steuerpolitik,<sup>51</sup> zum Teil auch der im Landwirtschaftsgesetz von 1955 begründete „Grüne Plan“ und die 1957 eingeführte Altershilfe für Landwirte in diesem Zusammenhang zu sehen.<sup>52</sup>

„Die Sozialreform wird fortgeführt“, hieß es jeweils gleichlautend zu Beginn der dritten und vierten Legislaturperiode in Adenauers Regierungserklärungen 1957 und 1961.<sup>53</sup> Der Begriff implizierte inzwischen nicht mehr eine Gesamtreform des Sozialleistungssystems auf der Grundlage eines einheitlichen Konzepts. Vielmehr umgriff er als lockere Wortklammer drei deutlich unterscheidbare, zum Teil gegenläufige Aktionsrichtungen innerhalb der zunehmend stark von Interessengegensätzen durchsetzten, höchst mühselige Koordinationsleistungen abverlangenden Unionsfraktion im Bundestag.<sup>54</sup>

Eine erste Richtung suchte den weiteren Ausbau der sozialen Sicherung durch kostenniveauneutrale Finanzverlagerungspakete und Restriktion staatlicher Umverteilungsmaßnahmen abzubremsten: Sozialreform als Wende zu verstärkter „Selbsthilfe“. Den weithin nachhallenden, aber stark umstrittenen Grundakkord schlug Gerstenmaier 1958 mit spektakulären Alarmrufen an: Die „Grenzen des sozialen Rechtsstaates“ seien „in allem Wesentlichen“ erreicht, jetzt drohe die Gefahr, „kopfüber in das Gesellschaftskonzept des modernen Sozialismus“ zu stürzen.<sup>55</sup> Praktische Konsequenzen wurden in mehreren seit 1958 unternommenen Vorstößen für eine Krankenversicherungsreform sichtbar, die u. a. eine Selbstbeteiligung der Patienten an den Kosten aller ärztlichen Leistungen sowie – erstmals in der Geschichte der gesetzlichen Krankenversicherung – eine Versicherungspflichtgrenze für Arbeiter vorsah. Alle diese Vorstöße scheiterten indessen an Divergenzen im Regierungslager und einer heterogenen Gegenkoalition von Interessengruppen.<sup>56</sup>

Eine zweite Richtung zielte auf Ausweitung der sozialen Sicherung im Sinne „partieller Komplettierung“.<sup>57</sup> Hierzu kann man zählen: eine weitere Anhebung des Lohnersatzes für Arbeiter in Krankheitsfällen 1961,<sup>58</sup> die Ausdehnung des Kindergelds auf das jeweils zweite Kind 1961, das Handwerker-Versicherungsgesetz 1960, das (u. a. die Unfallverhütung stärker betonende und die Unfallrenten dynamisierende) Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz 1963<sup>59</sup> sowie das Bundessozialhilfegesetz 1961. Dieses Gesetz modernisierte die traditionelle Armenfürsorge, indem es Rechtsansprüche stärkte, die Grundsicherung über das physische Existenzminimum hinaus an hob und das Spektrum der Hilfe je nach besonderen Lebenslagen individualisierte. Zugleich schrumpfte die in Sozialhilfe umbenannte Fürsorge – einst ein Hauptinstrument zur Lösung der „Arbeiterfrage“ – auf

eine Restfunktion sozialer Sicherung: Lohnsteigerungen, Vollbeschäftigung und der Ausbau der Versicherungs- und Versorgungssysteme hatten die große Mehrheit der Arbeitsbevölkerung aus der Armut herausgeführt und insofern der Fürsorgeklientel entzogen.<sup>60</sup> Einen spezifischen Akzent gaben die Unionsparteien dem sonst wenig umstrittenen Gesetz, da sie gegen den Widerstand von SPD und FDP den Durchführungsvorrang nicht den Kommunen, sondern den kirchlichen Trägern und freien Wohlfahrtsverbänden einräumten.<sup>61</sup>

Eine dritte Aktionsrichtung suchte in verstärktem Maße vermögenspolitische Initiativen in die Sozialreform einzufädeln: „Das Bemühen, die Bürger des Volkes weitgehend zu Eigentümern zu machen, ist ein wesentlicher Schritt zu der anstehenden Sozialreform“.<sup>62</sup> Das zielte primär auf Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – eine um 1960 zum geflügelten Wort werdende Zielperspektive mit viel freundlicher Resonanz im gesamten Regierungslager, verbunden mit unterschiedlich akzentuierten Erwartungen. Zunächst galt es, der Kritik an der seit 1949 höchst einseitig in Unternehmerhand konzentrierten Vermögensbildung die Spitze abzubrechen: niemand konnte ernstlich bestreiten, daß die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik „ein Skandal“ war, „der nach Abhilfe schreit“.<sup>63</sup> Auf christlich-sozialer Seite hoffte man, die Arbeiterexistenz durch Gebrauchsvermögensbildung entproletarisieren, die Arbeitnehmer durch neue Investivlohn-Formen an der Produktivkapitalbildung beteiligen und die arbeitsrechtlich steckengebliebene Mitbestimmung über eigentumsrechtliche Titel ausweiten zu können.<sup>64</sup> Auf bürgerlich-liberaler Seite mischte sich stärker die Erwartung herein, über individuelle Sparförderung den weiteren Ausbau der kollektiven sozialen Sicherung verlangsamen, durch Popularisierung des Aktienerwerbs einen „Volkskapitalismus“ induzieren und mittels vermögenswirksamer Konsumbegrenzung die Kapitalkraft der Volkswirtschaft stärken zu können.<sup>65</sup>

Die konkrete Vermögenspolitik verdichtete sich nach Vorläufern 1952 (Bausparprämien) und 1956 (Förderung des Eigenheimbaus insbesondere für kinderreiche Familien) gegen Ende des Jahrzehnts: u. a. durch Einführung von Kontensparprämien 1959, das erste „Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer“ 1961 und durch die spektakuläre Ausgabe breit gestreuter „Volksaktien“ im Rahmen der (Teil-)Privatisierung von Bundesunternehmen 1959 bis 1965. Inwieweit die sich in ein kompliziertes Geflecht von Einzelmaßnahmen verzweigende Vermögensbildungspolitik wünschbare und meßbare Erfolge hatte, ist so umstritten<sup>66</sup> wie ihre zentrale Intention eindeutig: „Wenn es gelingt, immer breitere Schichten zu besitzenden Bürgern zu machen, haben die Feinde unserer Ordnung eine Schlacht verloren.“<sup>67</sup>

In der regierungsamtlichen Terminologie nicht mit dem Sozialreformbegriff verknüpft, aber sachlich subsumierbar, rückte um 1960 eine „zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft“ ins Blickfeld der um eine erschütte-

rungsfreie Fortentwicklung der bestehenden Gesellschaft bemühten Köpfe des Regierungslagers. In einer zugleich als Defizitkatalog der vergangenen Dekade lesbaren Weise erweiterten sie das Zielspektrum der Gesellschaftspolitik: Ausbau des konjunkturpolitischen Steuerungsinstrumentariums, Bildungsreform und Forschungsförderung, psycho-physische Entlastung der industriellen Arbeitsvollzüge, Behebung der Unwirtlichkeit der Städte, Raumordnung und Raumplanung, Einhalt der Umweltzerstörung einschließlich der neu ins Bewußtsein tretenden Aufgabe der „Reinhaltung der Luft und des Wassers“. <sup>68</sup>

#### IV. Sozialreformerische Vereinigungen

Wie das bisher am detailliertesten erforschte Beispiel der Rentenreform zeigt, <sup>69</sup> kann man die Geschichte bedeutender sozialpolitischer Reformen in der Ära Adenauer schreiben, ohne auf eine klar umreißbare Vorreiterrolle oder Einflußkomponente sozialreformerischer Vereinigungen zu stoßen: Diese stehen im Themenzentrum dieses Bandes, aber unter den gewandelten Bedingungen der Nachkriegszeit nicht mehr im Aktionszentrum sozialpolitischer Praxis. Die Mechanismen sozialpolitischer Problemwahrnehmung und Willensbildung verlagerten sich in erster Linie auf die Parteien und auf Expertokratien in Gestalt staatlicher Beamtenapparate (mit Spitze in einem 1955 beim Bundesarbeitsministerium eingerichteten „Generalsekretariat für die Sozialreform“) und in Form von Sozialbürokratien der Sozialleistungsträger und ihrer Selbstverwaltungsverbände, beeinflusst von einem dichten Netz hochorganisierter Interessenverbände – voran Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bis hin etwa zum Bundesverband der Versicherungsmathematiker oder zur als Propagandamedium der Banken fungierenden „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer“. <sup>70</sup> Demokratische Parteienkonkurrenz, professionalisierte Sozialstaatsbürokratie und pluralistische Interessenorganisationen marginalisierten den Wirkungsraum eigenständiger sozialreformerischer Vereinigungen.

Soweit sozial engagierte Hochschullehrer – im Kaiserreich „Stoßtrupp der Sozialreform“ – auf die Gesellschaftspolitik in der Ära Adenauer Einfluß gewinnen konnten, geschah dies zumeist auf dem Weg über Beiräte von Ministerien, also in einer von staatlichen Institutionen in Dienst genommenen Weise. Die markantesten Beispiele hierfür sind in den wissenschaftlichen Beiräten beim Bundeswirtschafts- bzw. Bundesfinanzministerium zu sehen. <sup>71</sup> In diesen Zusammenhang gehört zum Teil auch der beim Bundesarbeitsministerium gebildete „Beirat für die Neuordnung für die sozialen Leistungen“, der einzelne Sozialwissenschaftler mit Repräsentanten von Parteien und Verbänden zusammenführte. In diesem Beirat wußte die einzige dem Traditionsstrang bürgerlicher Sozialreform zurechenbare

Vereinigung, die die NS-Zeit ohne Auflösung überstanden hatte, einen erheblichen Stellenwert wiederzugewinnen: Der überwiegend aus Mitgliedern des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge bestehende Fürsorgeausschuß dieses Beirats leistete wesentliche konzeptionelle Vorarbeiten für das Bundessozialhilfegesetz von 1961.<sup>72</sup>

Der 1948 als wissenschaftliche Gesellschaft zur Erörterung wirtschafts- und sozialpolitischer Probleme und zugleich als Fachorganisation der wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer wiederbegründete Verein für Sozialpolitik suchte zunächst unter dem Vorsitz des in der Tradition des Kathedersozialismus wurzelnden Nationalökonomten Gerhard Albrecht an die sozialreformerische Stoßrichtung anzuknüpfen, die den Verein zu Schmollers Zeiten gekennzeichnet hatte. Davon zeugen seine frühen Untersuchungen zur „sozialen Gestaltung der Wirtschaftsordnung“ (1950), zum „Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem“ (1954/55) ebenso wie ein Vortrag des Kieler Sozialwissenschaftlers Gerhard Mackenroth über „Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan“ auf der Vereinstagung 1952.<sup>73</sup> Der Charakter des – 1956 in „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ umbenannten – Vereins veränderte sich indessen schnell und nachhaltig: Der normative Anspruch, „die Bedingungen eines optimalen Zusammenlebens der sozialen Gruppen zu formulieren und zu postulieren“, verblaßte im Maße der „Durchsetzung der reinen ‚instrumentalen‘ Theorie“.<sup>74</sup> Zugespitzt gesagt, rollte ein Siegeszug neoklassischer Wirtschaftstheorie über den „kathedersozialistischen“ Impetus von Wiederbegründungsvätern wie Albrecht hinweg, was dieser bedauerte, aber nicht ändern konnte.<sup>75</sup> Zugleich lockerte eine zunehmende Mitgliederkonzentration auf Wirtschaftswissenschaftler den zunächst interdisziplinär angestrebten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Diskussionsverbund. Die disziplinär verselbständigte Soziologie ihrerseits griff Fragen der Sozialpolitik nur spärlich auf; Anstöße sozialpolitisch engagierter Sozialwissenschaftler wie Mackenroth oder Hans Achinger verhallten in der soziologischen Forschung lange ohne Breitenwirkung.<sup>76</sup>

Stärkere Kontinuität bewahrte die 1949 als Nachfolgerin der 1936 aufgelösten Gesellschaft für Soziale Reform gegründete Gesellschaft für sozialen Fortschritt.<sup>77</sup> Ludwig Preller – bis 1942 Geschäftsführer des Büros für Sozialpolitik,<sup>78</sup> nach 1952 einer der führenden Sozialpolitiker der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion – hatte diese Wiedergründung seit Kriegsende mit zahllosen Gesprächskontakten vorbereitet und dabei Widerstände „von einigen gewerkschaftlichen Landesverbänden und zunächst auch von Arbeitgeberseite“ überwinden können.<sup>79</sup> Die Zusammensetzung des ersten Vorstandes symbolisiert das integrative Konzept der Gesellschaft: Einbezogen wurden je ein Vertreter des DGB und der Arbeitgeber-Bundesvereinigung (diese Spitzenverbände trugen auch die finanzielle Grundlage je zur Hälfte), je ein Repräsentant der beiden großen Parteien und ein Wissenschaftler. Daneben trat ein Beirat, dessen Mitglie-

der möglichst flächendeckend die sozialpolitisch bedeutsamen Institutionen und Verbände repräsentieren und der Gesellschaft dort Resonanz sichern sollten. Ziel war es, eine „überparteiliche Plattform der Aussprache“ zu schaffen, „eine Quelle der sozialpolitischen Erkenntnis, ein Sammelbecken praktischer Erfahrungen und eine Brücke zwischen Praxis und Wissenschaft“, um „dem sozialen Fortschritt zur Verwirklichung demokratischen Lebens und zum Wohle unseres ganzen Volkes zu dienen“. <sup>80</sup> Als Periodikum der Gesellschaft trat die Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“ die Nachfolge der alten „Sozialen Praxis“ an.

Es ging den Initiatoren der Gesellschaft anfangs vor allem darum, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände an einen Tisch zu bringen, den noch ungefestigten Gedanken der Tarifautonomie als eigenständiges Sozialgestaltungsrecht der Tarifparteien gegenüber dem Staat zu stärken („soziale Autonomie“) und einen Gesprächsrahmen für die Aushandlung einer (1954 auch zustande gekommenen) Schlichtungsvereinbarung der Tarifparteien zu bieten. <sup>81</sup> An Tischen und Gremien für institutionalisierte Kontakte zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern fehlte es indessen bald nicht mehr, so daß diese Kontaktfunktion der Gesellschaft an Bedeutung verlor (besonders auch in den Augen der Arbeitgeberverbände, die 1967 unter Hinweis auf „die angespannte Finanzlage der Bundesvereinigung“ ihre Beitragszahlungen so erheblich kürzten, daß der Fortbestand der Gesellschaft vorübergehend gefährdet war). <sup>82</sup> Um so mehr versuchte die Gesellschaft, „Gewicht als unabhängige Beobachterin, Anregerin und Kritikerin des sozialpolitischen Geschehens“ zu gewinnen, wobei ihre Aktionsmöglichkeiten wegen der heterogenen Zusammensetzung „aber doch begrenzt“ blieben. <sup>83</sup> Direkte Beeinflussungserfolge auf die Regierungspraxis wird man wohl vergeblich suchen. Inwieweit die Gesellschaft jedoch über ihre Arbeitsausschüsse, Vortragsveranstaltungen, Querverbindungen und publizistische Tätigkeiten indirekte Wirkungen als Ideenumschlagsplatz und Clearingstelle erzielte, läßt sich mangels genauerer Untersuchungen bisher nicht sagen. <sup>84</sup>

Gegenüber der „bürgerlichen“ Gründungssituation der Vorgängergesellschaft 1901 <sup>85</sup> hatte sich die Trägerschicht der Neugründung sehr wesentlich verschoben, da die neue Konstruktion vor allem auf der gemeinsamen Trägerschaft von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden beruhte. Wohl aber weisen die Ziele der Gesellschaft Kontinuitätslinien zur Tradition bürgerlicher Sozialreform auf; hierzu zählen die Betonung des Sozialpartnerschaftsprinzips und die Erwartung, daß sich auf der Ebene der Kommunikation – im „Gespräch der Gruppen“ <sup>86</sup> – Pfade zur sozial ausgleichenden Gerechtigkeit finden lassen.

Unter den Neugründungen sozialreformerischer Vereinigungen, die nicht an Vorgängerinstitutionen anknüpften, ist der Kreis um die 1955 vom Präsidenten des Landessozialgerichts Bremen, Harry Rohwer – Kahlmann, <sup>87</sup> gegründete und nachhaltig inspirierte „Zeitschrift für Sozialre-

form“ besonders hervorzuheben. Diese Zeitschrift suchte die sozialpolitische Reformdiskussion mit den verfassungstheoretischen Auseinandersetzungen um das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes zu verknüpfen. Neben der Frage nach der sozialpolitischen Tragweite dieser Verfassungsentcheidung griff sie insbesondere auch die ergänzende Frage auf, inwieweit die Grundrechte neben ihrer liberalen Abwehrfunktion gegenüber dem Staat einen komplementären Anspruch auf positives sozialrechtliches Handeln des Staates enthalten. Dabei führte die Zeitschrift 1956 erstmals den künftig von ihr immer wieder vertieften, zukunftsweisenden Gedanken ein, daß der Eigentumsschutz nach Artikel 14 GG in der gewandelten Sozialstruktur einer hochindustrialisierten Arbeitnehmergesellschaft auf sozialrechtliche Leistungsansprüche und Anwartschaften auszudehnen sei: Sozialrechtspositionen als moderne Formverwandlung des Eigentumsbegriffs.<sup>88</sup> Anscheinend haben die Interpretationen dieser Zeitschrift in nicht wenigen sozialrechtlichen Einzelfragen auf die Praxis von Verwaltung und Rechtsprechung ausgestrahlt; im wohl wichtigsten Fall, der Subsumierung von Sozialleistungen unter den verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz, ist dies evident: nach langer Inkubationszeit hat sich das Bundesverfassungsgericht 1980 dieser Auffassung angeschlossen.<sup>89</sup>

## V. Abschied von der Proletarität im Wohlfahrtsstaat

Dank eigener Reformfähigkeit einen revolutionären Gegenentwurf zur bürgerlichen Gesellschaft überflüssig zu machen und insbesondere den sozialen Sprengsatz proletarischer Existenz zu entschärfen: Hierin lag, die vorangehenden Beiträge zeigen es, die *raison d'être* der bürgerlichen Sozialreformtradition. Die westdeutsche Nachkriegsgeschichte der 1950er und 1960er Jahre kann in verschiedener Hinsicht als Erfolgsgeschichte dieser Tradition gelesen werden, vor allem in Hinblick auf die Integration des durch die Vertreibung deklassierten großen Bevölkerungsteils und auf die nachhaltige Überwindung traditioneller Merkmale der Proletarität.<sup>90</sup> Hervorzuheben sind hier eine historisch beispiellose Ausweitung von Konsumchancen auf breite Schichten der Arbeiterschaft und der unteren Angestelltenschaft – „Demokratisierung des Konsums“<sup>91</sup> –, Zugewinne an Freizeit (Fünftagewoche) und Urlaub,<sup>92</sup> die Verwandlung der extrem beengten, durch Schlafgänger halb offenen proletarischen Wohnsituation in Wohnformen mit Zügen „bürgerlicher“ Privatheit der Arbeiterfamilie“,<sup>93</sup> die sozialpolitisch bewirkte Verstetigung des Arbeitseinkommens bei Krankheit, Invalidität und Alter, der Ausgleich arbeits- und sozialrechtlicher Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten, sowie – das Arbeitslosigkeitsrisiko auf eine Latenzstufe versenkend – die lang anhaltende Vollbeschäftigung.

Die private Wohlstandserfahrung förderte starke Tendenzen zur individuellen Orientierung auf Leistung, Aufstieg und Konsum – nicht allein bei den Millionen vertriebener Arbeitnehmer, die sich weit mehr ins juste milieu der Ära Adenauer als in die Organisationen der Arbeiterbewegung einfügten, sondern auch in der Arbeiterschaft insgesamt.<sup>94</sup> In Verbindung mit politischer Demokratisierung, tarifvertraglicher und sozialstaatlicher Konfliktregulierung verstärkten diese Tendenzen die Integration der Arbeiterschaft in die Gesellschaft; damit beschleunigte sich zugleich die Erosion des im Kaiserreich so geschlossenen, weil aus den politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossenen, durch klassenspezifische Lebenslagen und Deutungsmuster zusammengeschlossenen Sozialmilieus der sozialdemokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung. Sowohl die Godesberger Wende der SPD zur reformerischen Volkspartei 1959 wie auch die Hinwendung des DGB zu einem kooperativen Modell des gesellschaftlichen Interessenausgleichs im Grundsatzprogramm von 1963 sind vor dem Hintergrund dieser Erosion zu sehen, mit der die Arbeiterbewegung als „eine spezifische politische Kultur“ zu ihrem Ende gekommen ist.<sup>95</sup>

Der Abschied von der Proletarität war Teil eines wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungsschubs, der nun freilich weder ein Spezifikum der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, noch allein auf Denk- und Handlungsformen bürgerlicher Sozialreform zurückzuführen ist. Vielmehr setzte um 1950 in ganz Westeuropa die „größte Expansionsphase des Wohlfahrtsstaates in seiner Geschichte“ ein.<sup>96</sup> Mehr oder weniger stark ausgeprägt, sind in allen westeuropäischen Vergleichsländern gemeinsame Grundtendenzen feststellbar wie Vollbeschäftigungspolitik, Ausdehnung der sozialen Sicherung auf immer weitere Personenkreise, „Dynamisierung“ der sozialen Leistungen mit Funktionswandel von der Sicherung des Existenzminimums zur Sicherung des relativen sozialen Status, Ausweitung und Differenzierung des sozialstaatlichen Interventionskatalogs, verbunden mit wachsender Bürokratisierung und zunehmender Inkorporation verbandlich organisierter Interessen in das staatliche Regulierungssystem.<sup>97</sup>

Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen dieser Entwicklung gehört einerseits der Wettbewerbsdruck und Erfolgszwang, der von den demokratischen Wahlen auf die Regierungs- und Oppositionsparteien ausging, wobei eine ständig steigende Arbeitnehmerquote das Gewicht der an sozialer Sicherung besonders interessierten Wähler erhöhte; andererseits – als Grundtatsache von kaum zu überschätzender Bedeutung – das starke, lang anhaltende Wirtschaftswachstum. Die rapide ökonomisch-technische Modernisierung hat sowohl außerhalb des unmittelbar staatlichen Aktionsradius sozialen Wandel bewirkt (von der Umschichtung der Erwerbsstruktur bis zu den alltagsverändernden Folgen z.B. der Motorisierung und der Technisierung der Haushalte),<sup>98</sup> als auch die sozialpolitisch verfügbaren Ressourcen und Verteilungsspielräume in einem Maße vergrößert, das steigende Sozialansprüche ohne Angriff auf Besitzstände realisierbar machte:

Verteilungskonflikte ließen sich entschärfen, da alle politisch relevanten Gruppen durch Verteilung von Zuwachsraten gewinnen konnten, ohne sich durch Umverteilung von Besitzständen herausgefordert zu sehen. Sozialpolitik wurde zu einem von Grundsatzdebatten weitgehend löslichen „politisch billigen“ Nebenprodukt der Prosperität.<sup>99</sup> Im gleichen Maße verringerte sich die programmatische Distanz zwischen „bürgerlichen“ und sozialdemokratischen Parteien im wohlfahrtsstaatlich konvergierenden Kampf um die Maximierung von Wählerstimmen und die Legitimation politischer Herrschaft. Trennungslinien blieben eher gradueller Art,<sup>100</sup> ohne sich zu sozialpolitischer Polarisierung zu vertiefen. Erst der tiefgreifende Wandel der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den 1970er Jahren, der die Sozialleistungssysteme der meisten westeuropäischen Staaten in Verbindung mit steigenden „Rentenbergen“ und „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen hart an Grenzen der Finanzierbarkeit gestoßen hat, ließ den relativ breiten politischen Konsens zerbröckeln, der den Ausbau des Wohlfahrtsstaats in der Zeit der Prosperität getragen hatte.<sup>101</sup>

### Anmerkungen

\* Jakob Kaiser in einer Rede vor dem Vorstand der CDUD in Berlin am 13. Februar 1946, abgedruckt in ders.: *Der soziale Staat. Reden und Gedanken*, Berlin 1946, hier S. 8; Konrad Adenauer in einer Rede vor dem Zonenausschuß der CDU der britischen Zone am 27./28. Februar 1946, zit. nach Hans-Peter Schwarz: *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Stuttgart 1980, S. 439.

1 Vgl. u. a. Eberhard Schmidt: *Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main 1981; Ernst-Ulrich Huster u. a.: *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949*, Frankfurt am Main 1979; Ute Schmidt/Tilman Fichter: *Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–1948*, Berlin 1971.

2 Bernt Engelmann: *Wie wir wurden, was wir sind. Von der bedingungslosen Kapitulation zur unbedingten Wiederbewaffnung*, München 1980; Axel Eggebrecht (Hg.): *Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945*, Reinbek 1982. Kritisch zu Engelmann vgl. Arno Klönne: *Legendäres über die Gründerzeit der Bundesrepublik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 25/80*, 21. Juni 1980, S. 16–23.

3 Richard Löwenthal: *Prolog – Dauer und Verwandlung*, in: ders./Hans-Peter Schwarz (Hg.): *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 9–24, hier S. 10.

4 Vgl. im einzelnen Richard Löwenthal: *Bonn und Weimar – Zwei deutsche Demokratien*, in: Heinrich-August Winkler (Hg.): *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*, Göttingen 1979, S. 9–25; Hans-Peter



- Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981; ders.: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983; ders.: Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter Bd. 3, Wuppertal 1984, S. 278–293; Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982; Anselm Doering-Manteuffel: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, Darmstadt 1983; Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983.
- 5 Vgl. den Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, in: Ossip K. Flechtheim (Hg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 3, Berlin 1963, S. 313–318, hier S. 317.
- 6 Erik Nölting: Leitsätze zur Sozialisierung (1947), zit. nach Wolfgang Rudzio: Die ausgebliebene Sozialisierung an Rhein und Ruhr. Zur Sozialisierungspolitik von Labour-Regierung und SPD 1945–1948, in: Archiv für Sozialgeschichte 18 (1978), S. 1–39, hier S. 25. Als spätere Zwischenbilanz der Sozialisierungsdiskussion vgl. Heinz-Dietrich Ortlieb: Der gegenwärtige Stand der Sozialisierungsdebatte in Deutschland, in: Walter Weddingen (Hg.): Untersuchungen zur sozialen Gestaltung der Wirtschaftsordnung, Berlin 1950, S. 189–287.
- 7 Vgl. Kaisers Rede vom 13. Februar 1946 (Anm.\*). Zu Kaiser vgl. eingehend Werner Conze: Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969; Erich Kosthorst: Jakob Kaiser – Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart 1972.
- 8 Aus der Fülle der um eine differenziertere Erfassung des Verhältnisses Bürgertum – Nationalsozialismus bemühten Forschungsliteratur vgl. zuletzt Martin Broszat: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984.
- 9 Hierzu am eindringlichsten Rudolf Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949, Stuttgart 1981; daneben Franz Focke: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, Wuppertal 1978, Rolf Wenzel: Konrad Adenauer und die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung im Nachkriegsdeutschland. Ordnungsvorstellungen und politische Praxis, Flensburg 1983.
- 10 So wäre es z. B. verfehlt, Währungsreform und Wirtschaftsliberalisierung allein unter der Perspektive eines rasch wachsenden Güterangebots zu sehen und darüber die zunächst z. T. horrenden Preissteigerungen und eine ruckartig ansteigende Arbeitslosenquote zu vergessen. Vgl. Werner Abelshauser: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945–1980), Frankfurt am Main 1983, S. 53, 63 f.
- 11 Gerold Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1977.
- 12 Zitat aus Knut Borchardt: Plädoyer für eine offensive Verteidigung marktwirtschaftlicher Ordnungen, in: Hans Rössner (Hg.): Rückblick in die Zukunft. Beiträge zur Lage in den achtziger Jahren, Berlin 1981, S. 97–126, hier S. 98. Wichtiges Forum des liberalen akademischen Stoßtrupps war der 1948 bei der

Verwaltung für Wirtschaft eingerichtete, seit 1949 beim Bundeswirtschaftsministerium weitergeführte Wissenschaftliche Beirat. Vgl. dazu einstweilen Wolde-mar Koch: Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesminister für Wirtschaft, in: Erwin von Beckerath/Herbert Giersch (Hg.), Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung, Berlin 1963, S. 405–420; sowie den Sammelband der Beiratsgutachten, die für die konzeptionelle Ausgestaltung der „sozialen Marktwirtschaft“, insbesondere auch für die allmähliche Adaption des Keynesianismus von erheblicher, im einzelnen noch erforschungsbedürftiger Bedeutung waren: Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft. Sammelband der Gutachten von 1948–1972, Göttingen 1973.

- 13 Eine Typologie neoliberaler Richtungen bietet Helmut Paul Becker: Die soziale Frage im Neoliberalismus. Analyse und Kritik, Heidelberg-Löwen 1965. Zum Ordoliberalismus vgl. zuletzt Joachim Starbatty: Ordoliberalismus, in: Otmar Issing (Hg.), Geschichte der Nationalökonomie, München 1984, S. 187–204. Die Namensgebung „Ordoliberalismus“ ist auf den Titel des von Eucken mitbegründeten Publikationsforums der Freiburger Schule zurückzuführen: „Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“, Bd. 1 (1948)ff.
- 14 „Düsseldorfer Leitsätze“ vom 15. Juli 1949, wo der Planungs- und Lenkungsansatz des Ahlener Programms eindeutig revidiert, die eigentumsrechtliche Perspektive dieses Programms aber noch offengehalten wurde. Abdruck bei Flechtheim (Anm. 4), Bd. 2, S. 58–76, hier S. 58 und S. 60.
- 15 Jürgen W. Falter: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S. 236–263.
- 16 Vgl. zusammenfassend Kleßmann (Anm. 4), S. 110–113; eingehender Werner Link: Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945–1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen, Düsseldorf 1978; Dörte Winkler: Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945–1948, in: Winkler (Anm. 4) S. 88–110; Rudzio (Anm. 6).
- 17 Vgl. Dietrich Hilger: Die mobilisierte Gesellschaft, in: Löwenthal/Schwarz (Anm. 3), S. 95–122.
- 18 Vgl. Arno Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte – Ziele – Wirkungen, Köln 1980, S. 323f.; Lutz Niethammer (Hg.): „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Bonn 1983; Alexander von Plato: „Der Verlierer geht nicht leer aus“. Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin 1984; Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Berlin/Bonn 1982, S. 178–181.
- 19 Jürgen Kocka: 1945 – Neubeginn oder Restauration? in: Carola Stern/Heinrich A. Winkler (Hg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, Frankfurt am Main 1979, S. 141–168, hier S. 147. – Bedenkenswert erscheint ein realer Kern in Margret Boveris metaphorischer Betrachtung, daß nach 1945 „für eine Weile ein Zustand“ entstanden sei, „in dem sich die aus den bisherigen Ordnungen herausgesprengten Kräfte wie Elementarteilchen in der Schwebe befinden, in einer Art von indeterminierten Kreisen. Sie sind bereit für Anschlüsse unbekannter Art. Alle Möglichkeiten sind offen. Oft scheint es nur von einem Zufall abzuhängen, von einem Eingriff von außen oder einem einsamen Beschluß, der wie ein Säurezusatz im chemischen Raum wirkt, was für unvorhersehbare Ver-

- bindungen in Sekundenschnelle zusammenschießen“. Vgl. Margret Boveri: Verzweigungen. Eine Autobiographie, München 1982, S. 95.
- 20 Volker Hentschel: Geschichte der deutschen Sozialpolitik (1880–1980), Frankfurt am Main 1983, S. 233.
- 21 Vgl. Norbert Horn: Arbeitsrecht und soziale Beziehungen in der Bundesrepublik: in historischer Sicht, in: Conze/Lepsius (Anm. 4), S. 324–338.
- 22 Vgl. Hans O. Hemmer: Stationen gewerkschaftlicher Programmatik. Zu den Programmen des DGB und ihrer Vorgeschichte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 33 (1982), S. 506–518.
- 23 Vgl. hierzu die eindringlichen Beiträge von Albrecht Langner (Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945–1963) und Josef Oelinger (Schwerpunkte der innerkatholischen Mitbestimmungsdiskussion 1945–1963) in: Albrecht Langner (Hg.): Katholizismus, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik 1945–1963, Paderborn 1980. – Daß „berufständische Ordnung“ nicht mit „Ständestaat“ zu verwechseln sei, hat vor allem Oswald von Nell-Breuning unablässig hervorgehoben, vgl. z. B. ders.: Katholische Soziallehre – „ständestaatlich“?, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 21 (1980), S. 117–131.
- 24 Vgl. Peter Hüttenberger: Wirtschaftsordnung und Interessenpolitik in der Kartellgesetzgebung der Bundesrepublik 1949–1957, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 24 (1976), S. 287–307; Volker Berghahn: Westdeutsche Unternehmer, Weltmarkt und Wirtschaftsordnung – Zur Bedeutung des Kartellgesetzes, in: Lothar Albertin/Werner Link (Hg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1981, S. 301–324.
- 25 So Lutz Niethammer: Entscheidung für den Westen – Die Gewerkschaften im Nachkriegsdeutschland, in: Heinz-Oskar Vetter (Hg.): Aus der Geschichte lernen – die Zukunft gestalten. Dreißig Jahre DGB, Köln 1980, S. 224–234, hier S. 233. – Zu den exzeptionellen Entstehungsbedingungen des Gesetzes, das auf Regierungsseite von vornherein als Sonderfall, nicht als Auftakt eines das Übergewicht der Eigentümerseite paritätisch beschneidenden Wirtschaftsverfassungsmodells konzipiert war, vgl. Horst Thum: Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, Stuttgart 1982 und insbesondere die vorzügliche Quellenedition: Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, bearbeitet von Gabriele Müller-List, Düsseldorf 1984.
- 26 Vgl. Bernd Otto: Der Kampf um die Mitbestimmung, in: Heinz-Oskar Vetter (Hg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975, S. 339–464; Langner (Anm. 23).
- 27 So der CDU-Abgeordnete Gerhard Schröder bei der 3. Lesung des Gesetzes im Deutschen Bundestag am 19. 7. 1952 (Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. I. Wahlperiode 1949, S. 10246).
- 28 Vgl. zum Betriebsverfassungsgesetz zuletzt Ulrich Engelhardt, Strukturelemente der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zum Problem historischer Kontinuität am Beispiel der Betriebsverfassung, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 69 (1982), S. 373–392; Dorothee Buchhaas, Parteien und Verbände zwischen Kontinuität und Neubeginn (1945–1952). Eine Untersu-

chung zur Entstehung des Schulordnungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen und des Betriebsverfassungsgesetzes, Düsseldorf 1985.

29 Abelshauser (Anm. 10), S. 71.

30 Einige Schritte und Widerstände skizziert Otto Schlecht: Die Genesis des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, in: Otmar Issing (Hg.), Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, Berlin 1981, S. 9–31.

31 Mit einer Formulierung von Niethammer (Anm. 25), S. 232.

32 Vgl. die Typologie „sozialer Schicksale“ bei Helmut Schelsky: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Stuttgart 1960, S. 48.

33 Vgl. Das Fremdrenten- und Auslandsrentengesetz, SF 2 (1953), S. 72; Ausbau der Heimkehrerbetreuung, SF 2 (1953), S. 249 f. – Die Kriegsfolge-Gesetzgebung ist bisher im Hinblick auf Gesetzesgenese, Implementation und Auswirkungen im Bedürfnishorizont der Empfänger wenig untersucht. Eine Quelledition zur Lastenausgleichs-Gesetzgebung bereitet die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn, vor; eine breit fundierte Studie zur Wohnungsbaupolitik wird in Kürze Günther Schulz, Bonn, vorlegen. Einführend Reinhart Bartholomäi u. a. (Hg.): Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bonn 1977. Zum folgenden vgl. generell Hans Günter Hockerts: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980; Detlev Zöllner: Sozialpolitik, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Gesellschaft, Frankfurt am Main 1983, S. 297–323; Hentschel (Anm. 20).

34 Vgl. Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme, München/Wien 1979, S. 81.

35 Vgl. Die Regierungserklärung in gewerkschaftlicher Sicht, in: Die Quelle (1953), S. 505 f.

36 Ludwig Preller: Sozialreform in sozialistischer Sicht, in: Die neue Gesellschaft 3 (1956), S. 3–15.

37 Vgl. z. B. Von der Sozialpolitik zur Sozialreform. Bundestagung der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft der Sozialausschüsse, Köln 28. 2. und 1. 3. 1953, Bonn/Königswinter 1953.

38 Vgl. die tabellarische Übersicht in: Die öffentliche Fürsorge, hg. vom Bundesministerium des Innern, Köln 1956, S. 3.

39 Vgl. International Labour Office (Hg.), The Cost of Social Security 1949–1957, Genf 1961, S. 205–210.

40 Aus einem Beauftragungsschreiben Adenauers an eine Gruppe von vier Sozialwissenschaftlern im Februar 1955; dazu im einzelnen Hockerts (Anm. 33), S. 279 ff. Das Auftragsresultat wurde veröffentlicht: Neuordnung der sozialen Leistungen. Denkschrift, auf Anregung des Herrn Bundeskanzlers erstattet von den Professoren Hans Achinger, Joseph Höffner, Hans Muthesius, Ludwig Neundörfer, Köln 1955.

41 So eine treffende Formulierung bei Kleßmann (Anm. 4), S. 236.

42 Aus Adenauers Regierungserklärung vom 29. Oktober 1957; vgl. von Beyme (Anm. 34), S. 110.

43 Adenauer vor dem Bundesparteivorstand der CDU am 3. Juni 1955, zit. nach Hockerts (Anm. 33), S. 285. Das folgende Zitat aus Adenauers Vorwort in:

- Deutschland im Wiederaufbau. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1955, o. O. o. J., S. IV.
- 44 Bundesarbeitsminister Storch an Adenauer, 7. April 1955, zit. nach Hockerts (Anm. 33), S. 297.
- 45 Vgl. Hans Günter Hockerts: Deutsche Nachkriegssozialpolitik vor dem Hintergrund des Beveridge-Plans. Einige Beobachtungen zur Vorbereitung einer vergleichenden Analyse, in: Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Mock (Hg.): Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850–1950, Stuttgart 1982, S. 325–350.
- 46 Hierzu Hockerts (Anm. 33), S. 320–425; Hentschel (Anm. 20), S. 159–176.
- 47 Gustav Schmoller: Vier Briefe über Bismarcks sozialpolitische und volkswirtschaftliche Stellung und Bedeutung, in: ders.: Charakterbilder, München/Leipzig 1913, S. 27.
- 48 Die Arbeitgeber wurden 1957 gesetzlich verpflichtet, das (sozialversicherungsrechtliche) Krankengeld für die ersten 6 Wochen durch einen (arbeitsrechtlichen) Zuschuß auf 90% (ab 1961 auf 100%) des Nettoarbeitsentgelts zu erhöhen; an die Stelle dieser rechtlich „gespaltenen“ Regelung trat 1969 die Lohnfortzahlung für 6 Wochen. Zur Entwicklung von Höhe und Dauer des nach der 6. Woche zu zahlenden Krankengeldes vgl. Ludwig Preller: Praxis und Probleme der Sozialpolitik, Bd. 2, Tübingen – Zürich 1970, S. 371–378.
- 49 Zitate aus Adenauers Regierungserklärung vom 20. September 1949 bzw. vom 29. Oktober 1957; vgl. vom Beyme (Anm. 34), S. 61 bzw. S. 108.
- 50 Vgl. Heinrich August Winkler: Stabilisierung durch Schrumpfung: Der gewerbliche Mittelstand in der Bundesrepublik, in: Conze/Lepsius (Anm. 4), S. 187–209.
- 51 Vgl. Hans-Hermann Hartwich: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln/Opladen 1970, S. 248–272.
- 52 Vgl. Herbert Kötter: Die Landwirtschaft, in: Conze/Lepsius (Anm. 4), S. 115–142; Zöllner (Anm. 33), S. 310. Eine umfassendere Untersuchung der Landwirtschaftspolitik bereitet Wilfried Feldenkirchen, Bonn, vor.
- 53 Vgl. von Beyme (Anm. 34), S. 110 bzw. S. 140.
- 54 Eine eindringliche Zustandsbeschreibung der Unionsfraktion um 1960 bei Schwarz: Epochenwechsel (Anm. 4), S. 156–163.
- 55 Vgl. Erneuerte Grenzvorstellungen, SF 7 (1958), S. 234f.
- 56 Vgl. im einzelnen Max Richter/Albert Müller: Kampf um die Krankenversicherung 1955–1965, Bad Godesberg 1966; Florian Tennstedt: Sozialgeschichte der Sozialversicherung, in: Maria Blohmke u. a. (Hg.): Handbuch der Sozialmedizin, Bd. 3, Stuttgart 1976, hier S. 150f.
- 57 Zöllner (Anm. 33), S. 308.
- 58 Vgl. Anm. 48.
- 59 Vgl. Ernst Wickenhagen: Geschichte der gewerblichen Unfallversicherung. Wesen und Wirken der gewerblichen Berufsgenossenschaften, München/Wien 1980, S. 365–375.
- 60 Stephan Leibfried u. a.: Existenzminimum und Sozialpolitik. Ein Forschungsprojekt zu Entwicklung und Krise in der Sozialhilfepolitik in der Bundesrepublik, in: Soziale Arbeit 32 (1983), S. 343–351 schätzen die Armutsquote in der Weimarer Zeit auf durchgängig mindestens 30%, in der Bundesrepublik der 1960er Jahre auf 3–8%.

- 61 Vgl. Willy Könen: Der Weg zur Sozialhilfe, in: Bartholomäi (Anm. 33), S. 401–412; Rolf Landwehr/Rüdeger Baron (Hg.): Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Weinheim/Basel 1983, S. 292–294.
- 62 Heinrich Krone, Vorsitzender der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, in der Aussprache über Adenauers Regierungserklärung vom 29. Oktober 1957, SF 6 (1957), S. 266.
- 63 Paul Jostock: Das Sozialprodukt und seine Verteilung, Paderborn 1955, S. 38. Zu den Hauptursachen der Vermögenskonzentration vgl. zusammenfassend Gerold Ambrosius: Das Wirtschaftssystem, in: Benz (Anm. 33), Bd. 1: Politik, S. 273–275.
- 64 Der letztgenannte Gesichtspunkt war bereits bei der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes im Juli 1952 hervorgehoben worden; vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages (Anm. 27), S. 10240. Für die Investivlohn-Pläne von christlich-sozialer Seite exemplarisch: Erwin Häußler: Der Arbeiter als Wirtschaftsbürger, SF 5 (1956), S. 93–97; vgl. auch Langner (Anm. 23), S. 196f.
- 65 Exemplarisch Ludwig Erhard: Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, besonders S. 256–274. Kritisch Heiner Stempel: Kann breitere Streuung von Eigentum das System sozialer Sicherheit ganz oder teilweise ersetzen?, in: Zeitschrift für Sozialreform 8 (1962), S. 61–73.
- 66 Vgl. Wilhelm Krelle/Jürgen Siebke: Vermögensverteilung und Vermögenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 129 (1973), S. 478–503; Preller (Anm. 48), S. 650–679; Karl Heinrich Pitz (Hg.): Das Nein zur Vermögenspolitik. Gewerkschaftliche Argumente und Alternativen zur Vermögenspolitik, Hamburg 1974; Thomas Ruf: Zur Geschichte der Vermögenspolitik nach dem Krieg, in: Bartholomäi (Anm. 33), S. 427–440.
- 67 Aus Ludwig Erhards Vorwort zu Heinz Willgerodt u.a.: Vermögen für alle. Probleme der Bildung, Verteilung und Werterhaltung des Vermögens in der Marktwirtschaft, Düsseldorf 1971.
- 68 Vgl. vor allem Alfred Müller-Armack: Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik (1960), wiederabgedruckt in: ders.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Bern/Stuttgart 1976, S. 267–291.
- 69 Vgl. Anm. 46.
- 70 Aufschlußreich ist die – Vollständigkeit in der Sammlung thematisch relevanter Verlautbarungen von Regierung, Parteien, Verbänden, Vereinigungen und bedeutenden einzelnen Persönlichkeiten anstrebende – voluminöse Loseblattsammlung von Max Richter (Hg.): Die Sozialreform. Dokumente und Stellungnahmen, Bad Godesberg 1955 ff.
- 71 Vgl. Anm. 12 sowie: Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen. Entschließungen, Stellungnahmen und Gutachten 1949–1973, Tübingen 1974. Beide Beiräte beschränkten sich nicht auf „technokratische“ Beratung, sondern suchten vielfach normative Reformimpulse zur Geltung zu bringen, unter anderem z. B. durch Kritik an der indirekten Besteuerung von Gegenständen des lebensnotwendigen Bedarfs oder an der Einkommens- und Vermögensverteilung.

- 72 Dazu einstweilen Eberhard Orthband: *Der Deutsche Verein in der Geschichte der deutschen Fürsorge*, Frankfurt am Main/Stuttgart 1980.
- 73 Vgl. *Die Berliner Wirtschaft zwischen Ost und West. – Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan. Verhandlungen auf der Tagung in Berlin 1952*, hg. von Gerhard Albrecht, Berlin 1952.
- 74 Zitat (mit Syntaxänderung) aus: *Der neue Name*, SF 5 (1956), S. 241; der Artikel stammt offenbar von Ludwig Preller, der diesen Wandel zutiefst bedauerte.
- 75 Vgl. Helmut Arndt: Gerhard Albrecht, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 186 (1971), S. 97–105.
- 76 Vgl. dazu im Rückblick Christian von Ferber/Franz-Xaver Kaufmann (Hg.): *Soziologie und Sozialpolitik*, Opladen 1977.
- 77 Niederschrift über die Gründungsversammlung vom 22. Januar 1949 in: Nachlaß Walter Auerbach, Mappe 158 (Archiv der sozialen Demokratie, Bonn).
- 78 Hierzu in diesem Band. S. 136f.
- 79 Vgl. Ludwig Preller: Wie unsere Zeitschrift und unsere Gesellschaft entstanden, SF 21 (1972), S. 19–23.
- 80 Aus einem Prospekt der Gesellschaft 1951, Nachlaß Auerbach (Anm. 77).
- 81 Vgl. Anm. 79.
- 82 Die entsprechenden Vorgänge in Nachlaß Auerbach, Mappe 162 (Anm. 77). Die Jahresabschlußrechnung der Gesellschaft für 1964 mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von DM 86000,- verweist auf eine bescheidene organisatorische Größenordnung.
- 83 Vgl. Anm. 79.
- 84 Walter Auerbach, einer der führenden SPD-Sozialpolitiker, resümierte 1967 in einem internen Brief, das Periodikum der Gesellschaft sei „von einiger Bedeutung“. Die Auflage sei „nicht sehr hoch, die Zeitschrift wird aber von fachlich maßgebenden Bundestagsabgeordneten, Journalisten und Beamten, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften gelesen“ (Anm. 82).
- 85 Vgl. in diesem Band S. 137f.
- 86 Vgl. Ein Jahr „Sozialer Fortschritt“, SF 1 (1953), S. 3, wo es als „das erste Anliegen dieser Zeitschrift“ bezeichnet wird, „das Gespräch der Gruppen zu pflegen“.
- 87 Zu Biographie und Wirkung vgl. Kurt Brackmann: Rohwer-Kahlmann – 70 Jahre, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 24 (1978), S. 505–508.
- 88 Grundlegend Harry Rohwer-Kahlmann: *Die Krise des Eigentums – Ansprüche und Anwartschaften aus der Rentenversicherung unter Eigentumsschutz*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 2 (1956), S. 239–243, S. 308–312.
- 89 Vgl. Entscheidung vom 28. Februar 1980, in: *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts* Bd. 53, Tübingen 1980, S. 257–313, bes. S. 289ff.
- 90 Die Abschnitt-Überschrift ist z. T. entlehnt von Josef Mooser: Abschied von der „Proletarität“. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Conze/Lepsius (Anm. 4), S. 143–186; weiterführend ders.: *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt am Main 1984. Mooser betont zu Recht, daß die Entproletarisierung des Arbeiterlebens nicht ohne weiteres als „Verbürgerlichung“ interpretiert werden kann, zumindest dann nicht, wenn der Bürgerlichkeitsbegriff auf sozialgeschichtlich präzisierbare Ausdrucksformen wie das Besitz- und das Bildungsbürgertum bezogen bleibt. Anders z. B. Guy Palmade: *Das bürgerliche*

- Zeitalter, Frankfurt am Main 1974, S. 317f., wo Verbürgerlichung als Ausweitung „ideologischer Muster“ auf immer weitere Teile sozial integrierter „nicht-bürgerlicher Gesellschaftsgruppen“ verstanden wird. Eine „Verallgemeinerung des Bürgerlichen“ in der politischen Kultur nach 1945 sieht Karl-Dietrich Bracher: Ende des bürgerlichen Zeitalters? Zur antibürgerlichen Welle der Zwischenkriegszeit, in: ders.: *Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert*, Berlin 1981, S. 151–175.
- 91 So Alfred Müller-Armack: *Die Soziale Marktwirtschaft nach einem Jahrzehnt ihrer Erprobung* (1959), wiederabgedruckt in: ders. (Anm. 68), S. 251–265, hier S. 259.
- 92 Vgl. Kaspar Maase: Freizeit, in: Benz (Anm. 33), S. 209–233; Karl-Heinz van Kevelaer/Karl Hinrichs: Arbeitszeit und „Wirtschaftswunder“ – Rahmenbedingungen des Übergangs zur 40-Stunden-Woche in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Politische Vierteljahresschrift* 26 (1985), S. 52–75.
- 93 Mooser, Arbeiterleben (Anm. 69), S. 141–156, Zitat S. 153; Hartmut Häußermann: Wandel der Wohnverhältnisse von Arbeitern – Eine Problemskizze, in: Rolf Ebbighausen/Friedrich Tiemann (Hg.): *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?*, Opladen 1984, S. 646–660.
- 94 Vgl. Peter Waldmann: Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft, in: Josef Becker u. a. (Hg.): *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz*, München 1979, S. 163–192.
- 95 Vgl. M. Rainer Lepsius: Diskussionsbeitrag, in: *Nachkriegsgesellschaften im historischen Vergleich. Großbritannien – Frankreich – Bundesrepublik*, München/Wien 1982, S. 53; ders.: Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Löwenthal/Schwarz (Anm. 2), S. 263–288. Vgl. zu dieser Thematik generell den von Ebbighausen/Tiemann hg. Diskussionsband (Anm. 93).
- 96 Peter Flora: Krisenbewältigung oder Krisenerzeugung? Der Wohlfahrtsstaat in historischer Perspektive, in: Joachim Matthes (Hg.): *Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages*, Frankfurt am Main/New York 1979, S. 83.
- 97 Peter Flora/Jens Alber/Jürgen Kohl: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18 (1977), S. 707–772; Peter Flora/Arnold J. Heidenheimer (Hg.): *The Development of Welfare States in Europe and America*, New Brunswick 1981; Hans Günter Hockerts: Sozialversicherung – soziale Sicherheit – Sozialpolitik. Die Entwicklung vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, in: Peter A. Köhler/Hans F. Zacher (Hg.): *Beiträge zu Geschichte und aktueller Situation der Sozialversicherung*, Berlin 1983, S. 140–166.
- 98 Dies ergänzend zu der „die meisten der tiefgreifenden, in mancher Hinsicht revolutionär zu nennenden Veränderungen“ in der bundesrepublikanischen Gesellschaft auf Akte des expandierenden „bürokratischen Anstaltsstaates“ zurückführenden Sicht bei Lothar Gall: Die Bundesrepublik in der Kontinuität der deutschen Geschichte, in: *Historische Zeitschrift* 239 (1984), S. 603–613.
- 99 Jens Alber: *Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa*, Frankfurt am Main 1982, S. 164.
- 100 Dazu die eingehende, neben der politischen Couleur der Regierungen auch die



außerparlamentarische Machtverteilung und den Grad korporatistischer Konfliktregulierung einbeziehende Studie von Manfred G. Schmidt: Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt am Main 1982.

- 101 Eine nicht allein für die Situation in der Bundesrepublik instruktive Typologie der neueren Kritik am Wohlfahrtsstaat bei Jens Alber: Der Wohlfahrtsstaat in der Krise; Eine Bilanz nach drei Jahrzehnten, in: Zeitschrift für Soziologie 9 (1980), S. 313-342.

## Abkürzungsverzeichnis

ASG	Archiv für Sozialgeschichte
CWAK	Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Preußen
GfSR	Gesellschaft für Soziale Reform
GG	Geschichte und Gesellschaft
HdStW	Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
MEW	Marx-Engels-Werke
Mittheilungen	Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen in Preußen
ND	Neudruck
RGBl	Reichsgesetzblatt
SF	Sozialer Fortschritt
SGfSR	Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform
SP	Soziale Praxis
SVfS	Schriften des Vereins für Sozialpolitik
VfS	Verein für Sozialpolitik
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

## Personenregister

Für ihre Mithilfe bei der Registererstellung danke ich Frau Ulrike Haerendel, für wertvolle Hinweise wiederum dem Generalredaktor der Neuen Deutschen Biographie, Herrn Dt. Hans Köerner.  
R. v. B.

- Abbe, Ernst (1840–1905), Physiker, Industrieller u. Sozialpolitiker, S. 86
- Achinger, Hans (1899–1981), Sozialwissenschaftler u. Sozialpolitiker, S. 260
- Adenauer, Konrad (1876–1967), christl.-demokrat. Politiker, Bundeskanzler, S. 17, 245, 247, 250, 252 ff., 257, 259, 263 ff., 268 ff.
- Albrecht, Gerhard (1889–1971), Sozialwissenschaftler u. Sozialpolitiker, S. 260
- Arnim-Boitzenburg, Adolf Heinrich Graf von (1803–1868), preuß. Staatsbeamter, Ministerpräsident, S. 30
- Auerbach, Walter (1905–1975), Ministerialbeamter u. SPD-Sozialpolitiker, S. 271
- Auerswald, Rudolf von (1795–1866), preuß. Minister, S. 41
- Baader, Franz Xaver von (1765–1841), romantischer Philosoph, S. 26, 109
- Bamberger, Ludwig (1823–1899), lib. Politiker, S. 74,
- Bauer, Gustav (1870–1944), sozialdemokratischer Politiker, S. 192
- Baum, Marie (1874–1964), linkslib. Politikerin, S. 192
- Baumgarten, Otto (1858–1934), ev. Theologe u. Sozialpolitiker, S. 106, 119, 123, 144, 172
- Bebel, August (1840–1913), sozialdemokratischer Parteiführer, S. 140
- Berlepsch, Hans Hermann Freiherr von (1843–1926), preuß. Handelsminister und Sozialreformer, S. 14, 67, 72, 76, 97, 100, 102, 111, 118 f., 123, 127, 130–133, 136–142, 144 f., 148, 152, 159, 173, 183, 236
- Bernhard, Ludwig (1875–1935), Nationalökonom, S. 101, 118, 125, 165
- Beyschlag, Willibald (1823–1900), ev. Theologe, S. 108
- Biedermann, Karl-Friedrich (1812–1901), liberaler Politiker u. Publizist, S. 25
- Bismarck, Otto Fürst von (1815–1898), Reichskanzler, S. 70, 76, 81, 85, 92, 95, 105, 107, 123, 156, 201, 254
- Böhmert, Victor (1829–1918), volkswirtschaftl. Publizist, Hochschul-lehrer, Statistiker, S. 38, 41, 47, 51 f., 95
- Böhmert, Wilhelm (\*1866), DDP, Statistiker, Publizist S. 192
- Bölsche, Wilhelm (1861–1939), Schriftsteller, S. 114
- Bohnstedt, Werner, S. 217
- Borchert, Wilhelm, Berliner Fabrikant, S. 46, 53
- Bourdieu, Peire (\*1930), Prof. für Kultursoziologie, S. 24
- Born, David, älterer Bruder von Stefan Born, Berliner Kaufmann und Mitglied des Gewerberats, S. 55
- Born, Stephan (= Simon Buttermilch) (1824–1898), Publizist u. Arbeiterführer 32 f., 55
- Bornemann, Wilhelm (1798–1864), preuß. Justizminister, S. 33
- Bosch, Robert (1861–1942), Industriel-ler, S. 148

- Bosse, Robert (1832–1901), preuß. Staatsbeamter, Kultusminister, S. 87
- Brandts, Franz (1834–1914), kathol. Fabrikant, Sozialreformer u. Politiker, S. 88, 101, 110, 160, 169
- Brauer, Theodor (1880–1942), christl. Gewerkschaftspolitiker u. Sozialwissenschaftler, S. 198
- Braun, Heinrich (1854–1927), Privatgelehrter, Publizist, Sozialdemokrat, S. 176
- Brauns, Heinrich, (1868–1939), kathol. Sozialpolitiker, Reichsarbeitsminister, S. 72, 192, 198
- Brentano, Lujo (1844–1931), Nationalökonom und linksliberaler Sozialreformer, S. 58, 62, 72 f., 76, 80, 84, 100 f., 113, 115 f., 119 ff., 123–126, 131 f., 135, 138, 141, 144, 148, 152, 158, 171, 173 f., 178, 195, 196, 212
- Briefs, Goetz (1889–1974), Wirtschaftswissenschaftler u. Gewerkschaftstheoretiker, S. 201, 214
- Brüning, Heinrich (1885–1970), Zentrums-Politiker, Reichskanzler, S. 203
- Bucher, Lothar (1817–1892), preuß. Politiker u. Publizist, S. 71
- Bücher, Karl (1847–1930), Nationalökonom, S. 145
- Bueck, Henry Axel (1830–1918), Wirtschaftspolitiker und Verbandsfunktionär, S. 124, 173
- Bülow, Bernhard Fürst von (1849–1929), Reichskanzler, S. 124, 133
- Bunsen, Christian Karl Josias von (1791–1860), preuß. Diplomat, ev. Theologe u. Publizist, S. 25
- Buß, Franz Joseph Ritter von (1803–1878), Staatswissenschaftler kathol. Politiker u. Sozialreformer, S. 109
- Camphausen, Ludolf (1803–1890), preuß. Politiker und Ministerpräsident, S. 33
- Caprivi, Leo Graf von (1831–1899), Reichskanzler, S. 126 f., 173
- Conrad, Johannes (1839–1915), Nationalökonom, S. 72, 127.
- Cunow, Heinrich (1862–1936), SPD-Politiker u. Publizist, S. 146
- Damaschke, Adolf (1865–1935), Bodenreformer u. Sozialpolitiker, S. 118
- Degenkolb, Carl (1796–1862), Kommerzienrat, Unternehmer, S. 35
- Delbrück, Clemens von (1856–1921), preuß. Handelsminister, Staatssekretär des Innern, S. 144 f.
- Delbrück, Hans (1848–1929), Historiker u. Publizist, S. 85, 101, 118, 124, 169
- Diesterweg, Adolf (1790–1866), liberaler Schulreformer, S. 26 ff., 34
- Doell, Albert (1814–1892), Bremer Senator, S. 94 f.
- Dohna-Schlodien, Hermann Graf zu (1809–1872), lib. Sozialreformer, S. 26
- Douglas, Hugo Sholto Graf von (1837–1912), Kohleindustrieller, freikons. Politiker u. Philanthrop, S. 98
- Duisberg, Carl (1861–1935), Chemiker, Industrieller u. Wissenschaftspolitiker, S. 215
- Duncker, Franz (1822–1888), liberaler Politiker und Gewerkevereinsgründer, S. 47, 74, 182, 184
- Eckardt, Julius von (1836–1908), Publizist u. Diplomat, s. 74 f.
- Ehrenberg, Richard (1857–1921), Nationalökonom, S. 125
- Engel, Ernst (1821–1896), Staatswissenschaftler u. Statistiker, S. 46 f., 53, 58, 74 f.
- Engels, Friedrich (1820–1895), sozialistischer Theoretiker, S. 26, 30, 50
- Erdberg-Krczenciewski, Robert von (1866–1929), Publizist u. Geschäfts-

- führer (Volksbildung u. Volkswohlfahrt), S. 98 f., 119, 164
- Erhard, Ludwig (1897–1977), CDU-Wirtschaftspolitiker, Bundeskanzler, S. 248 f.
- Erzberger, Matthias (1875–1921), Zentrums-Politiker, S. 100, 198
- Eucken, Walter (1891–1950), neoliberaler Nationalökonom, S. 248
- Fallati, Johannes (1809–1855), Staatswissenschaftler u. Ministerialbeamter, S. 26
- Faucher, Julius (1820–1878), Journalist und Wirtschaftspolitiker, S. 43
- Flesch, Karl (1853–1915), Stadtrat Frankfurt/M., S. 96
- Forckenbeck, Max von (1821–1892), liberaler Politiker, S. 74
- Fourier, Charles (1772–1837), franz. utopischer Sozialist, S. 47
- Frankke, Ernst (1852–1921), Sozialpolitiker, S. 14, 72, 96, 102, 127, 131 ff., 135 f., 138 ff., 142, 145, 148 ff., 152, 166, 176 f., 183, 210
- Freese, Heinrich (1853–1944), Industrieller u. Sozialpolitiker, S. 85 ff., 118, 160
- Freund, Richard (\*1859), Berliner LVA-Vorsitzender, S. 86
- Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861), preuß. König, S. 25, 30
- Fröbel, Friedrich (1782–1852), Pädagoge, S. 40
- Gaebel, Käthe (1879–1962), Sozialfürsorgerin u. Ministerialbeamtin, S. 177
- Galen, Ferdinand Graf von (1831–1906), Zentrums-Politiker S. 109, 168
- Geck, Adolph (\*1898), Sozial- u. Wirtschaftswissenschaftler, S. 201
- Geffcken, Heinrich (1830–1896), Staatswissenschaftler u. liberaler Politiker, S. 74
- Gerstenmaier, Eugen (\*1906), ev. Theologe, christl. Politiker, Bundestagspräsident, S. 257
- Giesberts, Johannes (1865–1938), Zentrums-Sozialpolitiker, Reichspostminister, S. 149, 192
- Gneist, Rudolf von (1816–1895), Jurist u. lib. Politiker, Sozialreformer, S. 39, 42, 50 f., 53, 57, 59, 65, 79, 84, 95
- Goltz, Rüdiger Freiherr von der (1837–1910), Landesdirektor, S. 53
- Gregory, Caspar René (1846–1917), ev. Theologe, S. 118
- Grotjahn, Alfred (1869–1931), Sozialhygieniker, S. 90 f.
- Haenisch, Konrad (1876–1925), SPD-Politiker, Publizist, preuß. Kultusminister, S. 146
- Hahn, Karl (\*1883), Treuhänder der Arbeit Westfalen, S. 243
- Hallgarten, Charles (1838–1908), Bankier u. Philanthrop, S. 96
- Hansemann, David (1790–1864), liberaler Politiker u. preuß. Minister, S. 33
- Hardenberg, Karl August Fürst von (1750–1822), preuß. Staatskanzler S. 22
- Harkort, Friedrich (1793–1880), Unternehmer u. Sozialreformer, S. 26, 34
- Harnack, Adolf von (1851–1930), ev. Theologe, Sozial- und Wissenschaftspolitiker, S. 100, 102, 104 ff., 119 ff.
- Hartmann, Ludo Moritz (1865–1924), Historiker, Nationalökonom, österreichischer Politiker, S. 171
- Held, Adolf (1844–1880), Nationalökonom, S. 69, 86
- Henle, Julius von (1864–1944), bayer. Ministerialbeamter, S. 173
- Herkner, Heinrich (1863–1932), Nationalökonom u. Sozialreformer, S. 101 f., 123, 126, 129 f., 132, 138, 145, 152, 155, 179, 183, 194
- Hertling, Georg Graf von (1843–1919),

- kath. Philosoph, Sozialpolitiker, bayer. Ministerpräsident, Reichskanzler, S. 100, 110, 148, 169
- Heyde, Ludwig (1888–1961), Sozialpolitiker und Sozialwissenschaftler, S. 152, 177, 179, 183, 212, 216
- Heydt, August Freiherr von der (1801–1874), preuß. Minister u. Bankier, S. 35, 37
- Hildebrand, Bruno (1812–1878), Nationalökonom, s. 64, 72, 74, 100
- Hinckeldey, Carl von (1805–1856), Berliner Polizeipräsident, S. 37
- Hirsch, Max (1832–1905) Nationalökonom, lib. Politiker, Gewerkvereinsgründer, S. 47, 74 f., 182, 184
- Hitler, Adolf (1889–1945) NS-Politiker u. Diktator, S. 15, 208, 217, 221 f., 231, 246
- Hitze, Franz (1851–1921), kath. Theologe u. Sozialpolitiker, S. 74, 88, 100 f., 108–111, 116 f., 132, 138, 168 f., 192
- Hohenzollern-Sigmaringen, Karl Anton Fürst von (1811–1885), preuß. Ministerpräsident, S. 41
- Hohoff, Wilhelm (1848–1923), religiöser Sozialist, S. 168
- Holtzendorff, Franz von (1829–1889), Jurist, S. 53
- Huber, Victor Aimé (1800–1869), konservativer Sozialpolitiker, S. 25 f., 34, 37, 75, 100 f., 165
- Hugenberg, Alfred (1865–1951) Industrieller u. DNVP-Politiker, S. 220 f., 231
- Israel, Gertrud, S. 217
- Jastrow, Ignaz (J.) (1856–1937), Sozialwissenschaftler, S. 123, 145
- Jentsch, Carl (1833–1917), Publizist, Privatgelehrter, S. 112
- Jörg, Joseph Edmund (1819–1901), kath. Publizist u. bayer. Politiker, S. 109, 168
- Jost, Betriebswissenschaftler, S. 201
- Jurascheck, Franz von (1849–1910), österreich. Staatswissenschaftler, S. 161
- Jünger, Ernst (\* 1895), Schriftsteller, S. 121
- Kaiser, Jakob (1888–1961), Christl. Gewerkschaftler, CDU-Politiker u. Minister, S. 245 f., 264 f.
- Kalisch, Ernst Wilhelm (1793–1883), Prof., Direktor der Berliner Real-schule, s. 40
- Ketteler, Wilhelm Emanuel Freiherr von (1811–1877), kath. Bischof u. Sozialpolitiker, S. 100 f., 109 f., 168
- Knapp, Georg Friedrich (1842–1926), Nationalökonom, S. 75
- Knies, Karl (1821–1898), Nationalökonom, S. 75
- Knies, Karl (1821–1898), Nationalökonom, S. 100
- Koenigs, Gustav (1845–1896), preuß. Ministerialbeamter, S. 97
- Kolping, Adolf (1813–1865), Begründer kath. Gesellenvereine, S. 109
- Krohn, Johannes (1884–1974), Versicherungsjurist u. Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, S. 233 f., 243
- Krupp, Alfred (1812–1887), Industrieller, S. 87
- Krupp von Bohlen und Halbach, Alfred (1907–1967), Industrieller, S. 243
- Kulemann, Wilhelm (1851–1926), Amtsrichter, lib. Politiker u. Sozialreformer, S. 118, 138
- Köttgen, Carl (1871–1951), Industrieller, S. 243
- Lange, Friedrich Albert (1828–1875), Philosoph, Pädagoge u. Sozialwissenschaftler, S. 100
- Lasker, Eduard (1829–1884), lib. Politiker, S. 74
- Lassalle, Ferdinand (1825–1864), sozialdemokrat. Politiker, S. 42 f., 67, 70, 109, 156

- Legien, Carl (1861–1920), Vorsitzender der Freien Gewerkschaften u. des ADGB, S. 140, 182, 188, 190, 192, 199
- Leipart, Theodor (1867–1947), sozialdemokrat. Gewerkschaftsführer, ADGB-Vorsitzender, S. 148, 227
- Lensch, Paul (1873–1926), sozialdemokrat. Publizist u. Politiker, S. 146
- Leo XIII (1810–1903), Papst, S. 197
- Lette, Adolph (1799–1868), preuß. Ministerialbeamter, Sozialreformer, S. 35, 38 f., 41 ff., 48 ff., 58
- Lexis, Wilhelm (1837–1914), Nationalökonom, S. 98
- Ley, Robert (1890–1945), NS-Politiker, Leiter der Dt. Arbeitsfront, S. 229
- Lieber, Ernst (1838–1902), Zentrums-Politiker, S. 101
- Loë, Felix Freiherr von (1825–1896), Zentrums-Politiker, S. 168
- Löwenstein-Wertheim, Carl Fürst zu (1834–1921), Zentrumspolitiker, S. 168
- Lohmann, Theodor (1831–1905), Ministerialbeamter u. Sozialpolitiker, S. 87, 97, 127
- Lüders, Marie-Elisabeth (Else) (1878–1966), liberale Wohlfahrtspflegerin, Sozialpolitikerin u. Frauenrechtlerin, S. 177
- Luxemburg, Rosa (1870–1919), sozialist. Politikerin u. Publizistin, S. 139
- Mackenroth, Gerhard (1903–1955), Nationalökonom, S. 260
- Mann, Thomas (1875–1955), Schriftsteller u. Dichter, S. 207
- Manteuffel, Otto von (1805–1882), preuß. Innenmin. u. Ministerpräsident, S. 37, 41
- Marlo, Karl s. Winkelblech
- Marr, Heinz (1876–1940), Soziologe u. Sozialpolitiker, S. 212, 216
- Marx, Karl (1818–1883), sozialist. Ökonom u. Schriftsteller, S. 26 f., 30, 43, 50, 69, 70, 74, 154, 156
- Mathis, Ludwig Emil (1797–1874), preuß. Ministerialbeamter, S. 30 f.
- Maurenbrecher, Max (1874–1935), ev. Pfarrer, nationalsozialer, sozialdemokrat. u. deutschnationaler Politiker, S. 121
- Max, Prinz von Baden (1867–1928), Reichskanzler, S. 191
- Mayer, Gustav (1871–1948), Publizist, Historiker d. Arbeiterbewegung, S. 169
- Mayet, Paul (1846–1920), Statistiker, Reichsbeamter, S. 90
- Mehring, Franz (1846–1929), sozialdemokrat. Publizist, S. 61, 113
- Merton, Wilhelm (1848–1916), Industrieller u. Sozialpolitiker, S. 96, 136
- Metternich, Clemens Fürst von (1773–1859) österr. Staatskanzler, S. 22
- Meyen, Eduard (1812–1870), radikaler Literat, Junghegelianer, später Nationalliberaler, S. 28
- Meyer, Rudolf (1839–1899), kons. Sozialreformer, S. 104, 166
- Michaelis, Otto (1826–1890), lib. Volkswirt, Publizist, Ministerialbeamter, S. 43
- Michels, Robert (1876–1936), Sozialwissenschaftler, S. 121
- Miquel, Johannes von (1828–1901), lib. Politiker, preuß. Finanzminister, S. 74, 97, 127
- Möller, Theodor von (1840–1925), preuß. Minister. S. 98
- Mohl, Robert von (1799–1875) bad. Staatsmann, Staatswissenschaftler, lib. Politiker, S. 26, 64
- Mommsen, Theodor (1817–1903), Historiker, S. 171
- Mumm, Reinhard (1873–1932), ev.-sozialer Politiker S. 102, 104, 114
- Müller, Adam (1779–1829), konserv. Publizist u. Staatswissenschaftler, S. 109
- Münsterberg, Emil (1855–1911), Berliner Stadtrat u. Sozialpolitiker, S. 96, 162 f.

- Naphtali, Fritz (1888–1961), Wirtschaftspolitiker, S. 214
- Nasse, Erwin (1829–1890), Nationalökonom u. Sozialreformer, S. 53, 68, 73, 77, 81, 153, 158f.
- Natorp, Paul (1854–1924), Philosoph, S. 115
- Naumann, Friedrich (1860–1919), ev. Pfarrer, Sozialpolitiker, lib. Publizist u. Politiker, S. 74, 84, 100f., 104, 106, 115, 119ff., 124, 164, 166, 172, 192
- Nell-Breuning, Oswald von (\*1890), kathol. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, S. 117, 267
- Nobbe, Moritz August (1834–1910), Landesökonomierat, ev.-sozialer Politiker, S. 101, 106, 118
- Nostitz, Hans von (1863–1958), Oberverwaltungs-Gerichtspräsident, GfSR-Vorsitzender, S. 179, 183, 240
- Oldenberg, Karl (1864–1936), Nationalökonom, S. 127
- Oppenheim, Heinrich Bernhard (1819–1880), lib. Publizist, S. 80
- Papen, Franz von (1879–1969), Reichskanzler, S. 203, 231
- Patow, Erasmus Robert Freiherr von (1804–1890), preuß. Minister, S. 33, 41
- Perthaler, Johann Alois Ritter von (1816–1862), österreich. Staatswissenschaftler, S. 26
- Pesch, Heinrich (1854–1926), kathol. Sozialtheoretiker u. Nationalökonom, S. 100, 198
- Pestalozzi, Johann Heinrich (1746–1827), Pädagoge, S. 40
- Pieper, August (1866–1942), Volksvereins-Generalsekretär, Zentrums-Politiker, S. 101f., 116, 150
- Pietzsch, Albert (1874–1957), NS-Wirtschaftspolitiker, S. 243
- Pilgram, Friedrich (1819–1890), kathol. Sozialphilosoph u. Publizist, S. 109
- Pius XI. (1857–1939), Papst, S. 197
- Plenge, Johann (1876–1963), Staatswissenschaftler u. Soziologe, S. 121
- Pohle, Ludwig (1869–1926), Nationalökonom, S. 152
- Polligkeit, Wilhelm (1876–1960), Sozialpolitiker, S. 163, 217
- Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von (1845–1932), preuß. Minister, Staatssekretär u. Sozialpolitiker, S. 124, 192
- Post, Julius (1846–1919), preuß. Ministerialbeamter, S. 97f., 163
- Potthoff, Heinz (1875–1945), lib. Sozialpolitiker, S. 141
- Preller, Ludwig (1897–1974), SPD-Sozialpolitiker u. Historiker, S. 15, 150, 185, 206, 260
- Prince-Smith, John (1809–1874), Wirtschaftspublizist, S. 80
- Quarck, Max (1860–1930), sozialdemokratischer Politiker u. Publizist, S. 192
- Quentin, Karl (1810–1862), preuß. Regierungsbeamter, Parlamentarier in den USA, S. 36
- Radbruch, Gustav (1878–1949), Jurist, sozialdemokrat. Politiker u. Minister, S. 114
- Rade, Martin (1857–1940), ev. Theologe, Publizist, lib. Sozialpolitiker, S. 106
- Rathgen, Karl Theodor (1856–1921), Nationalökonom, S. 120
- Ratzinger, Georg (1844–1899), kath. Publizist u. Politiker, S. 95
- Rauecker, Bruno, S. 177
- Reichensperger, Peter Franz (1810–1892), Jurist, Mitbegründer der Zentrumspartei u. Sozialpolitiker, S. 109
- Reiswitz, Willhelm von, Freiherr von Kaderzin und Grabowka (1859–1926) Generalsekretär des Hamburger Arbeitgeberverbandes, S. 176
- Riehl, Wilhelm Heinrich (1823–1897),



- Kulturhistoriker u. Volkskundler,  
S. 65
- Rodbertus-Jagetzow, Karl  
(1805–1875), Nationalökonom, Mi-  
nister u. Sozialpolitiker, S. 26, 34,  
39, 42, 44, 50, 56f., 59
- Roesicke, Richard, (1845–1903),  
Brauereibesitzer, lib. Sozialpolitiker,  
S. 85 ff.
- Roesler, Hermann (1834–1894), So-  
zialrechtler u. Staatswissenschaftler,  
S. 68f., 73
- Roggenbach, Franz Freiherr von  
(1825–1907), lib. badischer Politiker,  
S. 74
- Rohwer-Kahlmann, Harry (\*1908) So-  
zialrechtler, Landessozialgericht-  
spräsident, S. 261
- Roscher, Wilhelm (1817–1895), Natio-  
nalökonom, S. 100
- Rother, Christian von (1778–1849),  
preuß. Beamter u. Wirtschaftspoliti-  
ker, S. 24
- Runge, Heinrich (1817–1896), Natio-  
nalökonom u. Altertumsforscher,  
S. 34
- Rutenberg, Adolf (1808–1869), radika-  
ler Literat, Junghegelianer, später  
Nationalliberaler, S. 28
- Schiffer, Eugen (1860–1954), linkslibe-  
raler Politiker u. Minister, S. 192
- Schiller, Friedrich von (1759–1805),  
Dichter, S. 115
- Schleicher, Kurt von (1882–1934),  
Reichskanzler, S. 203, 231
- Schmidt, Ferdinand (1816–1890), Ar-  
menschullehrer u. Schriftsteller,  
S. 27
- Schmidt, Joseph Hermann  
(1804–1852), Mediziner, S. 162
- Schmitt, Kurt (1874–1939), Reichs-  
wirtschaftsminister, S. 243
- Schmoller, Gustav von (1838–1917)  
Nationalökonom u. Sozialreformer,  
S. 18, 51ff., 64f., 67f., 71–81, 84–88,  
91, 96, 100ff., 107, 116, 119, 121,  
123–128, 130ff., 134f., 138, 140f.,  
152f., 155f., 158f., 161, 163, 167,  
173, 176, 194, 256, 260
- Schneer, Alexander (1806–1885), Re-  
gierungsassessor in Breslau, 1848  
Paulskirchenabgeordneter, S. 26
- Schönberg, Gustav (1839–1908),  
Nationalökonom, S. 66, 69ff., 73f.,  
80
- Schulze-Delitzsch, Hermann  
(1808–1883), lib. Politiker u. Genos-  
senschafts-Gründer, S. 34f., 38,  
42f., 74f., 109
- Schulze-Gävernitz, Gerhart von  
(1864–1943), Nationalökonom u.  
linkslib. Politiker, S. 115, 125, 145,  
161
- Schwenger, Rudolf, S. 201, 214
- Schwerin-Putzar, Maximilian Graf von  
(1804–1872), Reichsinnenminister,  
S. 41
- Seeberg, Reinhold (1859–1935), ev.  
Theologe u. christl.-soz. Politiker,  
S. 100, 165
- Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper,  
Earl of (1801–1885), engl. Politiker  
und Philanthrop, S. 49
- Siemens, Carl Friedrich von  
(1872–1941), Industrieller, S. 243
- Siemens, Werner von (1816–1892), In-  
dustrieller, S. 87
- Sinzheimer, Hugo (1875–1945), Ar-  
beitsrechtler u. Sozialdemokrat,  
S. 15, 129
- Sitzler, Friedrich (1881–1975), Mini-  
sterialdirektor, S. 151
- Soden, Hermann Freiherr von  
(1852–1914), ev. Theologe u. Sozial-  
politiker, S. 105
- Sohm, Rudolf (1841–1917), ev. Kir-  
chenrechtshistoriker, S. 105
- Sombart, Werner (1863–1941) Sozial-  
wissenschaftler u. Sozialreformer,  
S. 16, 64, 72, 74, 101, 113, 121, 124,  
129f., 132, 138, 145, 150, 169, 176,  
184, 228
- Sonnenschein, Carl (1876–1929), kath.  
Sozialpolitiker u. Ethiker, S. 115
- Spalcke, S. 44

- Spann, Othmar (1878–1950) Gesellschaftswissenschaftler, S. 198
- Stammmler, Rudolf (1856–1938), Sozialrechtler, S. 164
- Stegerwald, Adam (1874–1945), christl. Gewerkschaftsführer und Reichsminister, S. 102, 148, 192, 198, 214
- Stein, Lorenz von (1815–1890) Staatswissenschaftler, S. 26, 32, 40, 64, 68, 101, 129, 155
- Stein, Ludwig (1859–1930), Philosoph, Soziologe u. Publizist, S. 170
- Stieda, Wilhelm (1852–1933), Nationalökonom, S. 118
- Stinnes, Hugo (1870–1924), Industrieller S. 182, 188, 190, 199
- Stoecker, Adolf (1835–1909), preuß. Hofprediger, christl.-soz., kons. Politiker, S. 100f., 103ff., 118, 141, 164, 166
- Storch, Anton (1892–1975), Bundesarbeitsminister, S. 269
- Stumm-Halberg, Carl Freiherr von (1836–1901) Industrieller u. kons. Politiker, S. 68, 87, 123f.
- Sybel, Heinrich von (1817–1895), Historiker, S. 74
- Todt, Rudolf (1839–1887), ev. Pfarrer u. Sozialreformer, S. 100, 104f., 109, 164, 166ff.
- Tönnies, Ferdinand (1855–1936), Sozialologe u. linkslib. Publizist, S. 72, 115, 123ff., 129, 132, 145
- Traub, Gottfried (1869–1956), christl.-soz., kons. Politiker, S. 121
- Treitschke, Heinrich von (1834–1896), Historiker u. Publizist, S. 18, 74, 80, 158f.
- Trimborn, Carl (1854–1921), Zentrums-Politiker, S. 101, 108, 192
- Troeltsch, Ernst (1865–1923), ev. Theologe, Philosoph u. Historiker, S. 100, 106, 164, 172, 207
- Varnhagen von Ense, Karl August (1785–1858), Diplomat u. Schriftsteller, S. 31
- Veit, Moritz (1808–1864), Verleger, S. 35
- Victoria (1840–1901), Deutsche Kronprinzessin, Gemahlin Kaiser Friedrichs III., S. 48
- Viebahn, Georg von (1802–1871), preuß. Ministerialbeamter, S. 35
- Vincke, Georg Freiherr von (1811–1875), konstitutioneller und liberalkons. Politiker, S. 41
- Virchow, Rudolf (1821–1902), Pathologe u. freisinniger Politiker, S. 89, 161
- Vogelsang, Karl Freiherr von (1818–1890), kath. Publizist u. Sozialpolitiker, S. 109, 168
- Voigt, Andreas (1860–1940), Nationalökonom, S. 125, 152
- Wagener, Herrmann (1815–1889), preuß. Beamter u. Politiker, S. 107
- Wagner, Adolph (1835–1917), Nationalökonom, Staatsozialist, christl.-soz. Politiker, S. 63, 65f., 69f., 72ff., 100f., 104f., 120, 124, 127, 132, 155f., 172, 176
- Waldeck, Julius (1811–1857), Berliner Arzt, S. 34
- Webb, Beatrice (1858–1943), engl. Sozialreformerin, Mitglied der Fabian Society, S. 97, 163
- Webb, Sidney (Lord Passfield) (1859–1947) engl. Politiker u. Sozialreformer (Fabian Society), S. 97, 163
- Weber, Adolf (1876–1963), Nationalökonom, S. 125, 152
- Weber, Alfred (1868–1958), Kultursociologe, liberaler Politiker, S. 84, 101, 119, 124f., 129
- Weber, Ludwig (1846–1922), ev. Pfarrer, christl.-sozialer Politiker, S. 104
- Weber, Max (1864–1920), Staatswissenschaftler, Soziologe, lib. Politiker, S. 64, 84, 117, 119–122, 124f., 129f., 144f., 170
- Wichern, Johann Hinrich (1808–1881),

- ev. Theologe u. Sozialpolitiker,  
S. 25, 74, 100–104, 164
- Wiese, Leopold von (1876–1969), Soziologe, S. 119
- Wilhelm I. (1797–1888), preuß. König u. Deutscher Kaiser, S. 41
- Wilhelm II. (1859–1941), preuß. König u. Deutscher Kaiser, S. 76f., 105, 123
- Windthorst, Ludwig (1812–1891) Zentrums-Führer, S. 108 ff.
- Winkelblech, Karl Georg (1810–1865) (Pseudonym: Marlo), Nationalökonom u. Schriftsteller, S. 47
- Winnig, August (1878–1956), sozialdemokrat. Politiker u. Schriftsteller, S. 192
- Wissell, Rudolf (1869–1962), sozialdemokrat. Politiker, Reichsarbeits- u. Wirtschaftsminister, S. 192
- Wolf, Julius (1862–1937), Nationalökonom, S. 125
- Wunderlich, Frieda (1884–1965), Sozialwissenschaftlerin u. Sozialpolitikerin, S. 15f., 150f., 183, 217, 221, 233, 242
- Zeiss, Carl (1816–1888), Mechaniker u. Industrieller, S. 86, 118
- Zimmermann, Waldemar (1876–1963) Sozialwissenschaftler u. Sozialpolitiker, S. 106, 120, 131, 166, 177, 183
- Zwiedineck-Südenhorst, Otto von (1871–1957), Nationalökonom, S. 129, 179